



Verhandlungsschrift

über die am **Dienstag, dem 10. März 2020**
in den Welser MINORITEN stattgefundene

40. Sitzung des Gemeinderates

Beginn der Sitzung: 15.02 Uhr
Ende der Sitzung: 18.20 Uhr.

Die Verhandlungsschrift der 39. Sitzung des Gemeinderates vom 04.02.2020 liegt zur
Einsichtnahme auf.

Männliche/weibliche Form im Text

Aus Gründen der besseren Lesbarkeit und Verständlichkeit des Textes wurde nur eine Form der Anrede gewählt.
Diese steht stellvertretend für beide Geschlechter.

An w e s e n d e

Vorsitzender: Bürgermeister Dr. Andreas Rabl

FPÖ-Gemeinderatsfraktion

1. Vizebürgermeister Gerhard Kroiß
3. Vzbgm. Christa Raggl-Mühlberger

Stadträtin (ohne Gemeinderatsmandat):

Gemeinderäte:

Christian Fila	DI. Gunter Haydinger	Christiane Kroiß
Dietmar Marehard	Mark Paulusberger	Elke Ruetz
Egon Schatzmann	Ralph Schäfer, BSc	Ronald Schiefermayr
Ingo Spindler	Olivera Stojanovic, BSc	Georg Taitl
Sandra Wohlschlager		

SPÖ-Gemeinderatsfraktion

2. Vizebürgermeisterin Silvia Huber

Stadträte (ohne Gemeinderatsmandat):

Klaus Hoflehner	Johann Reindl-Schwaighofer
-----------------	----------------------------

Gemeinderäte:

Mag. Sabine Brenner-Nerat	Stefan Ganzert	Mag. Bernhard Humer
Mag. Daniela Schindler	KR. Karl Schönberger	Christian Kittenbaumer
Mag. phil. Mato Simunovic	Barbara Wildfellner	

ÖVP-Gemeinderatsfraktion

Stadtrat (ohne Gemeinderatsmandat):

Peter Lehner

Gemeinderäte:

Dr. Peter Csar	Augustine Hacker	Markus Wiesinger
Andreas Weidinger	Stefan Haböck	

GRÜNE-Gemeinderatsfraktion

Gemeinderäte:

Mag. Peter Sönser	Mag. Walter Teubl	MMag. Stefanie Rumersdorfer
-------------------	-------------------	-----------------------------

NEOS

Gemeinderat:

Markus Hufnagl

Vom Magistrat:

MD Dr. Peter Franzmayr
sowie leitende MitarbeiterInnen des Magistrates

Schriftführer:

W.OAR. Inge Maderthaner
Helga Rosenberger

Entschuldigt:

StR. Margarete Josseck-Herd, GR. Laurien Scheinecker, BA, GR. Walter Zaunmüller

Verlauf der Sitzung

Der Bürgermeister eröffnet die Sitzung, begrüßt alle Anwesenden und stellt fest, dass

- a) die Sitzung ordnungsgemäß einberufen wurde,
- b) die Verständigung gemäß der vorliegenden Einladung vom 28.02.2020 an alle Mitglieder des Gemeinderates schriftlich erfolgt ist und am gleichen Tage öffentlich an der Amtstafel kundgemacht wurde,
- c) die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

Anfragen

Anfrage der GRÜNE-Gemeinderatsfraktion gemäß § 10 GOGGR an Bürgermeister Dr. Andreas Rabl betreffend WEVA
Verf-015-W-6-2020

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Gemäß § 10 GOGGR richte ich folgende Anfrage an sie:

Die Firma „WEVA“ veranstaltete letztes Jahr Konzerte in Wels. Dazu folgende Fragen:

1. Aus welchen Gründen wird es heuer keine WEVA-Konzerte in Wels geben?
2. Laut Homepage www.weva.at (abgerufen am 02.03.2020) „fungiert die WEVA in Abstimmung mit Stadt Wels und Messe Wels auch als Koordinatorin für andere Veranstalter. Wie sind die Schnittstellen zu Locations, Behörden, Medien und ansässigen Unternehmen?“ Gibt es bestehende Verträge zwischen der Stadt Wels und/oder der Messe Wels mit der WEVA?
3. Auf welcher rechtlichen Grundlage bezeichnet sich die WEVA als „Schnittstelle“ zu Behörden?
4. Wurde/wird diese Tätigkeit als „Schnittstelle“ von der Stadt Wels oder der Messe Wels bezahlt?
5. Welche anderen Veranstaltungen von „anderen Veranstaltern“ kamen durch die WEVA in „Abstimmung mit der Stadt Wels und Messe Wels“ zustande?
6. Gab bzw. gibt es finanzielle oder sonstige Unterstützung der Stadt Wels bzw. der Messe Wels für die WEVA? Wenn ja, welche?

7. Welche Kosten sind der Stadt Wels bzw. der Messe Wels aus den bisherigen WEVA-Veranstaltungen erwachsen?
8. Gibt es Pläne seitens der Stadt, etwa der Abteilung „Veranstaltungsservice und VHS“, eventuell selbst bei der Organisation von Großkonzerten tätig zu werden?
9. Laut Hermann Wimmer von der Welser Messe bleibt die WEVA bzw. deren CEO Leodolter bei Konzerten „unser einziger Ansprechpartner“. Warum ist das so? (siehe <https://www.nachrichten.at/oberoesterreich/Wels/veranstalter-von-open-air-konzerten-machen-2020-groessen-bogen-um-wels>; art67,3232312).

Bgm. Dr. Rabl: Ich erlaube mir die Fragen wie folgt zu beantworten:

Antwort zu Frage 1: Ich weiß es nicht, sie müssen die WEVA fragen.

Antwort zu Frage 2: Es gibt keine Verträge der Stadt Wels mit der WEVA und nach meinen Informationen auch keine Verträge der Messe Wels mit der WEVA. Derartige Verträge mit der Messe sind mir nicht bekannt. Verträge mit der Stadt Wels kann ich dezidiert ausschließen.

Antwort zu Frage 3: Diese Frage kann ich nicht beantworten, da müssen sie die WEVA fragen.

Antwort zu Frage 4: Es gibt keine Zahlungen der Stadt Wels an die WEVA. Nach meinen Informationen gibt es auch keine Zahlungen der Messe Wels an die WEVA. Diesbezüglich ersuche ich um eine genauere Anfrage an die Welser Messe.

Antwort zu Frage 5: In Abstimmung mit der Stadt Wels kamen keine Veranstaltungen zustande, in Abstimmung mit der Messe Wels nach meinen Informationen auch keine.

Antwort zu Frage 6: Mir sind keine finanziellen Unterstützungen in Form von Subventionen von Seiten der Stadt Wels an die WEVA bekannt. Ich habe auch keine Informationen darüber, dass die Messe Wels der WEVA Subventionen oder finanzielle Unterstützungen gewährt hätte.

Antwort zu Frage 7: Diese Frage kann ich nicht beantworten deswegen, nachdem wir keine finanziellen Zuwendungen gemacht haben, aber natürlich jede Veranstaltungen der Stadt Wels Kosten verursacht beispielsweise für Straßenreinigungen oder auch für Ordnungsdienste, sind auch diese auf den öffentlichen Plätzen und auf den öffentlichen Verkehrswegen befindlichen Dienste weiter bei einer WEVA-Veranstaltung angeboten worden. Aufgrund tausender Besucher war die Dichte und der Personaleinsatz höher als normalerweise. Diese Kosten hat die Stadt Wels bezahlt. Allerdings hat die WEVA entsprechende Kosten weiterverrechnet bekommen. Ob dann eine genaue Abgrenzung erfolgte, kann daher auch nicht beantwortet werden. Es hat jedenfalls keine Zahlungsflüsse an die WEVA seitens der Stadt Wels gegeben.

Antwort zu Frage 8: Nein, derartige Pläne gibt es nicht.

Antwort zu Frage 9: Diese Frage kann ich ihnen nicht beantworten. Sie müssen Herrn Wimmer fragen, wie er zu einer solchen Aussage kommt. Nach meinen Informationen gibt es keinen Vertrag zwischen der WEVA und der Welser Messe. Ich kann daher auch diese Frage nicht beantworten.

Ganz generell wäre es einfacher gewesen sie hätten mich gefragt und ich hätte ihnen gesagt die Stadt Wels hat keine vertraglichen Beziehungen zur WEVA, dann hätten sie wahrscheinlich auch sehr viel Verwaltungsarbeit eingespart.

Anfrage der GRÜNE-Gemeinderatsfraktion gemäß § 10 GOGR an Bürgermeister Dr. Andreas Rabl betreffend Mietvertrag Marktplatz
Verf-015-W-7-2020

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Gemäß § 10 GOGR richte ich folgende Anfrage an sie:

Laut Zeitungsberichten will die Stadt Wels das Objekt Dr. Salzmann-Straße 7A am Marktplatz (vormals Denn´s Bio“) während der Umbauphase des Marktplatzes anmieten. Dazu folgende Fragen:

1. Gibt es einen bestehenden Mietvertrag?
2. Wann wurde diese Anmietung beschlossen?
3. Wie lauten die Vertragsdetails (Dauer, Kosten)?

Bgm. Dr. Rabl: Antwort zu Frage 1: Nein.

Antwort zu Frage 2: Gar nicht, es gibt keinen Mietvertrag.

Antwort zu Frage 3: Es gibt keine Vertragsdetails, weil es keinen Mietvertrag gibt. Insofern sind diese drei Fragen mit nein zu beantworten.

Anfrage der SPÖ-Gemeinderatsfraktion gemäß § 10 GOGR an Vizebürgermeisterin Christa Raggl-Mühlberger betreffend Kommission für Suchtfragen
Verf-015-W-8-2020

Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin Raggl-Mühlberger!

1. Im Protokoll des 3. Treffens der Kommission für Suchtfragen wird ein Folgetermin im Herbst 2016 angekündigt. Warum fand dieser nicht statt?
2. Wird die Kommission für Suchtfragen fortgesetzt?
 - a) Wenn ja, wann? Warum gab es die lange Pause?

- b) Wenn nein, warum nicht?
 - c) Wie wird der Austausch unter den verschiedenen Institutionen und Akteuren im präventiven und begleitenden Bereich gewährleistet?
3. Bei der letzten Kommission wurde insbesondere auch die Arbeit von Nikado vorgestellt. Damals wurde auch die Finanzierung angesprochen. Welche Kosten entstanden der Stadt Wels im Jahr 2018 durch Drogen-Streetwork? Wieviel kostet die personelle Aufstockung und wie wird diese finanziert?
4. Im Protokoll vom 18.05.2016 wird von einem Projekt zum wertschätzenden Umgang mit Suchtkranken gesprochen und diesbezügliche Projektergebnisse für „eine der nächsten Sitzungen“ angekündigt. Gibt es hier Ergebnisse und inwiefern sind diese in die Arbeit miteingeflossen?

Vzbgm. Raggl-Mühlberger wird diese Anfrage in der nächsten Sitzung des Gemeinderates mündlich beantworten.

Anfrage der SPÖ-Gemeinderatsfraktion gemäß § 10 GOGR an Vizebürgermeister Gerhard Kroiß betreffend Nächtigungsbonus für Jugendliche bzw. der „finanziellen Unterstützungsmöglichkeit bei Nächtigungen im Zuge von Nachwuchs-Großveranstaltungen“
Verf-015-W-9-2020

Sehr geehrter Herr Vizebürgermeister Kroiß!

1. Wie viele Jugendliche/Studierende haben seit der Einführung die „Tourismusförderung“ der Stadt Wels in Anspruch genommen und welche Kosten sind der Stadt dadurch entstanden?
- a. Wie viele davon bekamen die Gruppen?
2. Gab es erkennbare Zeitpunkte zu denen der Nächtigungsbonus verstärkt in Anspruch genommen wurde?
3. In der Presseaussendung der Stadt – wie auch in der Diskussion im Gemeinderat – wurde auf die finanzielle Unterstützungsmöglichkeit bei Nachwuchs-Großveranstaltungen verwiesen:
- a. Wie viele derartige Ansuchen wurden eingereicht und positiv bearbeitet?
 - b. Wie viele Jugendliche/Kinder wurden damit unterstützt?
 - c. Wie hoch war die kumulierte diesbezügliche Fördersumme?
 - d. Um welche „Nachwuchs-Großveranstaltungen“ handelte es sich dabei?

Vzbgm. Kroiß wird diese Anfrage in der nächsten Sitzung des Gemeinderates mündlich beantworten.

Mitteilungen des Bürgermeisters

Initiativantrag der FPÖ- und ÖVP-Gemeinderatsfraktion
betreffend einheitliche Geschwindigkeitsbeschränkung auf
den Autobahnen im Stadtgebiet von Wels

Verf-015-I-33-2019

Zum Initiativantrag der FPÖ- und ÖVP-Gemeinderatsfraktion betreffend einheitliche Geschwindigkeitsbeschränkung auf den Autobahnen im Stadtgebiet von Wels hat das Bundesministerium für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie mit Schreiben vom 05.02.2020 Folgendes mitgeteilt:

Aufgrund ihrer Anfrage wurde von der ASFINAG ein Emissionsvergleich durchgeführt. Dieser zeigt, dass eine Absenkung der Geschwindigkeit von 130 km/h auf 100 km/h lediglich eine Schallpegelreduktion von ca. 1,3 dB im schalltechnisch kritischeren Nachtzeitraum verursacht. Diese Verringerung liegt im Grenzbereich des gerade noch Wahrnehmbaren. Erfahrungsgemäß liegt die Durchschnittsgeschwindigkeit des Fahrzeugkollektivs bei rund 120 km/h, womit die erzielbare Pegelreduktion durch die geforderte 100 km/h-Beschränkung noch geringer ausfallen würde.

Weiters wird nach Mitteilung der ASFINAG derzeit für die im Stadtgebiet von Wels befindlichen Bundesstraßen (A 8 Innkreis Autobahn und A 25 Welser Autobahn) eine Detaillärmschutzuntersuchung ausgearbeitet. Erste Ergebnisse liegen bereits vor und zeigen, dass zur Umsetzung von Lärmschutzmaßnahmen jedenfalls eine Mitfinanzierung seitens der Stadt Wels erforderlich sein wird.

Die Begründung zur von ihnen übermittelten Resolution, dass bereits auf vielen Stadtautobahnen aus lärmschutztechnischen Gründen eine durchgehende 100 km/h-Beschränkung erlassen wurde, kann seitens des Bundesministeriums für Klimaschutz nicht bestätigt werden. Auch wenn diese Annahme zutreffend wäre, so wäre dadurch für die Stadt Wels nichts gewonnen, da Grundlage für eine verkehrsbeschränkende Maßnahme immer nur die Gegebenheiten auf der betroffenen Straße sein können.

Insgesamt erscheinen daher die Voraussetzungen für die Verordnung einer Geschwindigkeitsbeschränkung aus lärmtechnischer Sicht nicht gegeben. Frau Bundesministerin Gewessler hat daher die Reduzierung der Geschwindigkeit auf den Welser Autobahnen von 130 km/h auf 100 km/ aus lärmschutztechnischen Gründen abgelehnt. Das zu ihrer Information.

Dringlichkeitsantrag der SPÖ-Gemeinderatsfraktion betreffend
Postsäcke der Österreichischen Post AG

Verf-015-I-2-2020

Zum Dringlichkeitsantrag der SPÖ-Gemeinderatsfraktion betreffend Postsäcke der Österreichischen Post AG gab es aufgrund diverser Beschwerden hinsichtlich der auf den Gehsteigen liegenden Postverteilersäcke der Österreichischen Post AG am 12.04.2018 bei mir einen Termin mit Mag. Patrick Feichtmair, Christoph Wurm-Schmidtbauer und DI.

Bernhard Grossauer von der Post. Diese haben bemängelt, dass auf die Errichtung von Stützpunktplätzen bei Wohnbauten keine Rücksicht genommen werde. Bei diesem Termin wurde der Stadt von der Post zugesagt, dass sie einen Plan übermitteln wo Stützpunktplätze benötigt werden. Dieser Plan wurde von der Post nie übermittelt. Am 19.02.2020 wurde der Dringlichkeitsantrag mit einer Urgenz hinsichtlich der Übermittlung von Stützpunktsammelplätzen an die Post übermittelt.

Wir haben uns bereits im Jahr 2018 mit Vertretern der Post getroffen und sagten, dass dieser Zustand mit den Säcken auf den Gehsteigen unhaltbar ist und wir deswegen viele Beschwerden von Anrainern haben. Die Post teilte uns daraufhin mit, dass sie einen Plan übermitteln wird, wo sie Stützpunkte braucht. Ein derartiger Plan wurde bisher nicht übermittelt trotz mehrmaliger Urgenzen. Aufgrund des Antrages der SPÖ-Fraktion haben wir nochmals urgiert und hoffen, dass wir diesen Plan bald erhalten werden. Wir werden sehen, vielleicht ist die SPÖ diejenige Fraktion, die die Post „wachrüttelt“ – mir wäre das nur Recht und es wäre auch wünschenswert.

CORONA-Virus (Covid-19)

Ich darf noch eine weitere Mitteilung machen, die mir besonders am Herzen liegt, weil sie die ganze Stadt Wels betrifft. Wie sie vielleicht wissen, haben wir den ersten bestätigten CORONA-Fall in Wels. Es handelt sich um einen 49-jährigen Welser, der in Südtirol auf Urlaub war und entsprechende Erkrankungssymptome aufweist. Er wurde ebenso wie seine Familie unter Quarantäne gestellt, wo er 14 Tage verbleiben muss.

Aus meiner Sicht ist für die Welser Bevölkerung wesentlich: Wir haben eine ganz klare Abgrenzung der Zuständigkeiten. Der Amtsarzt ist dafür zuständig eine Untersuchung der Erkrankten anzuordnen. Eine derartige Untersuchung wird nur dann angeordnet, wenn einerseits Symptome (Husten, Fieber etc.) vorliegen, andererseits wenn Kontakt mit einem bestätigten Infizierten erfolgte oder wenn man aus einem Gebiet kommt, wo dieser Virus bereits verbreitet ist (überwiegend Italien). Nur dann wird eine derartige Untersuchung angeordnet, sonst nicht. Die Untersuchung führt der Amtsarzt nicht durch, diese wird vom Hausarzt durchgeführt. Es ist aber wichtig, dass sie in der Bevölkerung kommunizieren, wenn man Symptome hat bitte nicht zum Hausarzt fahren und bitte auch nicht ins Krankenhaus fahren. Wichtig ist die Nummer 1450 anzurufen - dann kommt der Hausarzt zu einem nach Hause. Dort wird auch der Abstrich gemacht nach Anordnung des Amtsarztes. Sonst nicht. Es gibt immer wieder Anrufer, die sagen, ich brauche unbedingt eine Testung, ich bin sicher erkrankt. Wenn die beiden Faktoren (Symptome und Kontakt mit einem Infizierten oder aus dem Risikogebiet kommend) nicht vorliegen, wird keine Untersuchung gemacht. Wir versuchen zuerst die Fälle abzuarbeiten, die jetzt erforderlich sind.

Zwischenzeitig gibt es eine Mitteilung der Bundesregierung, dass Großveranstaltungen bis Anfang April abgesagt werden, wenn im Innenbereich mit mehr als 100 Besuchern zu rechnen ist, im Außenbereich mit mehr als 500 Besuchern. Wir warten diesbezüglich den Erlass des Bundesministeriums ab. Ich ersuche sie daher auch nicht zu kommunizieren, dass eine Veranstaltung abgesagt wird oder nicht, sondern abzuwarten, was in diesem Erlass enthalten ist. Man bezieht sich hier offensichtlich auf das Veranstaltungsgesetz

und wir wissen nicht genau, welche Regelungen die Bundesregierung wirklich getroffen hat. Jede Aussage zu einer abgesagten Veranstaltung ist daher verfrüht.

Das ist mir deshalb so wichtig zu betonen, weil auch hier zahlreiche Anfragen von der Bevölkerung kommen. Wir wollen hier keine Fehlinformationen weiterleiten. Es wird sicherlich der Magistrat mit allem ihm zur Verfügung stehenden Kommunikationskanälen (beginnend von Facebook bis zur Homepage, Presseaussendungen) rechtzeitig darüber informieren wie die weitere Vorgehensweise ist bzw. welche Veranstaltungen abgesagt werden. Aber bis wir diese Informationen nicht haben, würde das nur zur Verbreitung von Gerüchten führen. Gerüchten soll man bekanntlich keinen Glauben schenken, weshalb ich ersuche diesbezüglich keine unrichtigen oder unvollständigen Informationen weiterzuverbreiten.

Wir halten sie natürlich auf dem Laufenden. Bitte beachten auch sie die Hinweise des Gesundheitsministeriums (Händewaschen, Abstand halten usw.), dann ist ein großer Schritt in die richtige Richtung getan.

Berichterstatter Gemeinderat Mag. Walter Teubl

1.)

vordringlicher Initiativantrag der GRÜNE-Gemeinderatsfraktion
betreffend Jugendzentrum D 22
Verf-015-I-3-2020

GR. Mag. Teubl: In diesem Antrag geht es um das Jugendzentrum D 22. Dieses Jugendzentrum am Gelände des Alten Schlachthofes wurde von einem kirchlichen Trägerverein geführt und von der Diözese finanziert. Mehr als 30 Jahre lang wurde in Kooperation mit dem Alten Schlachthof oder auch mit finanzieller Unterstützung der Stadt Wels eine sehr erfolgreiche offene Jugendarbeit betrieben. Das D 22 war auch bekannt dafür eine Anlaufstelle für Jugendliche zu sein, in der sie mit ihren Problemen auf ein offenes Ohr trafen. Hier konnten sie auch in einer konsumfreien Umgebung „abhängen“ oder sich kreativ betätigen.

Nun hat das D 22 mit Anfang Februar seinen Betrieb eingestellt, weil es inzwischen von zu wenig Jugendlichen besucht wurde, wie es heißt. Was es gebraucht hätte um die Einrichtung für mehr junge Menschen attraktiv zu machen, ist natürlich zu hinterfragen. Doch das ist meines Erachtens eine Frage, die sich letztlich für alle Welser Jugendzentren gleichermaßen stellt. Unseres Erachtens fehlt es hier an einem Gesamtkonzept für Jugendarbeit in unserer Stadt, das schleunigst zu erstellen wäre. Aber das ist eine andere Geschichte.

Die Schließung des Jugendzentrums D 22 reißt jedenfalls eine Lücke in die außerschulische Jugendbetreuung in unserer Stadt. Denn jetzt gibt es im Stadtzentrum keine einzige derartige Einrichtung mehr. Wir GRÜNEN glauben aber, dass nicht nur die

Jugendlichen in den Stadtteilen draußen eine solche Einrichtung brauchen, sondern auch gerade die Kids in der Innenstadt. Die Situierung am Gelände des Alten Schlachthofes erachten wir dafür für geradezu ideal, denn sie eröffnet die Möglichkeit Synergieeffekte mit anderen Einrichtungen auf dem Gelände zu nutzen.

Das D 22 leistete auch eine hervorragende integrative Arbeit. Wir müssen schließlich beobachten, dass immer mehr Jugendliche mit Migrationshintergrund ihre Freizeit in ethnischen Vereinen verbringen, wo sie kaum mit anderen in Kontakt kommen. Umso wichtiger wäre es doch geeignete Begegnungsstätten anzubieten, in denen junge Menschen unabhängig ihrer Herkunft miteinander in Kontakt kommen können. Nicht zuletzt war das D 22 das einzige Welser Jugendzentrum, das auch am Wochenende geöffnet hatte, also zu einem Zeitpunkt, zu dem Jugendliche bekanntermaßen die meiste Freizeit haben.

Wenn Jugendreferent Vzbgm. Kroiß in diesem Zusammenhang in einer Stellungnahme gegenüber den Medien meinte, die Wochenenden sollten doch für familiäre Freizeitaktivitäten genutzt werden, so stimme ich ihm da vollinhaltlich zu. Doch dürfte er hier die Lebensrealität von heute ein bisschen aus den Augen verloren haben. Denn längst sind nicht mehr alle Familien so intakt, wie er sich dies vorstellt. Immer mehr Menschen müssen auch am Wochenende arbeiten und sind daher nicht für ihre Kinder da. Ab einem gewissen Alter ziehen es Jugendliche natürlich vor mit Gleichaltrigen ihre Freizeit zu verbringen und nicht mehr mit den Eltern. Da braucht es unseres Erachtens zumindest ein Angebot in Wels, das dies ermöglicht.

Mit dem Rückzug des Trägervereins D 22 stellt sich also nun die Frage was tun? Wir haben es hier mit einer vollständig ausgestatteten Jugendeinrichtung zu tun, die an einem ausgezeichneten Ort situiert ist und die es nur wieder zu beleben gelten würde. Wir sind daher der Meinung, dass die Stadt Wels sich darum bemühen sollte hier eine Lösung zu finden. Sei es durch eine Übernahme durch die Stadt selbst oder sei es durch eine personelle und finanzielle Unterstützung eines anderen noch zu findenden Trägervereins. Diese Chance ungenutzt zu lassen halten wir jedenfalls für fahrlässig. Wir ersuchen sie daher unseren Antrag zu unterstützen, der die Prüfung von Möglichkeiten für eine Weiterführung des D 22 vorsieht.

GR. Stojanovic, BSc: Ja, die GRÜNEN in Wels – sie schießen oftmals über das Ziel hinaus – so auch bei diesem Antrag. Sie fordern oft Sachen, obwohl sie sich nicht einmal bei den Betreibern darüber informiert haben, ob es überhaupt gewünscht ist, das D 22 weiterhin zu betreiben. Wie man weiß kommen auch von Herrn Rammersdorfer oft Unwahrheiten zum Vorschein und ich darf auch an die meterlangen Anfragen der GRÜNEN erinnern, die diverse Abteilungen wirklich tagelang damit beschäftigen diese zu beantworten.

Wenn wir schon nichts anderes haben, dann verlangen wir einfach immer wieder das Gegenteil. Auch bei diesem Antrag geht es in diese Richtung – beschäftigen wir damit den gesamten Gemeinderat!

Meine Kollegen der GRÜNE-Fraktion möchte ich kurz aufklären: Wenn im Antrag der GRÜNEN behauptet wird, dass durch die Schließung des Jugendzentrums D 22 eine Lücke in der außerschulischen Jugendarbeit entsteht, möchte ich einiges klarstellen. Nicht die Stadt Wels hat das D 22 geschlossen, sondern die Diözese Linz. Dieser

Entschluss wurde von den dort zuständigen Mitarbeitern gefasst. Wie wir aus der Stellungnahme, die jeder Fraktion zuzuging, lesen konnten, wurde dieser Beschluss gefasst aufgrund einer Neuorientierung der katholischen Jugendarbeit. Aus der Stellungnahme war mit keinem Wort zu lesen, dass der Weiterbestand des D 22 gewünscht wird.

Die Katholische Kirche hat sich über die Jahre Gedanken über die Neuorientierung der Jugendarbeit gemacht, um den Anforderungen der heutigen Jugend gerecht zu werden – das wird wohl der GRÜNE-Fraktion entgangen sein. Hättet ihr mit den zuständigen Personen das Gespräch gesucht, wären wir jetzt nicht mit diesem Initiativantrag beschäftigt. Wenn sie behaupten, die Stadt Wels würde sich nicht um die Jugendlichen in dieser Stadt kümmern, dann haben sie offensichtlich etwas verpasst. Manchmal frage ich mich wirklich, liebe Kollegen der GRÜNEN, was tun sie in den Gemeinderatsitzungen?

Ich gebe ihnen sehr gerne einen kurzen Überblick über die Jugendarbeit in unserer Stadt. Mit fünf eigenen Jugendeinrichtungen haben wir in jedem Stadtteil eine Vertretung für unsere jungen Menschen. Die städtischen Jugendtreffs in der Neustadt, in der Pernau, in der Vogelweide, in der Noitzmühle und in Lichtenegg decken den Bedarf ab. Wir haben ein gut abgedecktes Angebot für die Jugendlichen in unseren Stadtteilen. Wir hatten in den vergangenen Jahren knapp 17.000 Besucher zwischen 8 und 18 Jahren. Bei rund 900 Öffnungstagen ergibt dies einen Schnitt von knapp 19 Personen täglich – je Einrichtung wohl gemerkt! Allein im neuen Jugendtreff Noitzmühle kommen durchschnittlich 28 Jugendliche täglich vorbei. Auch Mädchen finden immer mehr den Weg in die Jugendtreffs, weil sich die Betreuer dort wirklich bemühen und hervorragende Arbeit leisten. An dieser Stelle möchte ich den Mitarbeitern der Jugendtreffs einen herzlichen Dank aussprechen.

Wir haben wirklich gute Öffnungszeiten von Montag bis Freitag, bei bestimmten Projekten gibt es auch die Möglichkeit an einem Samstag die Jugendtreffs zu öffnen. Wels bietet somit seinen jungen Bewohnern ein umfangreiches Freizeitangebot. Es ist ja nicht so, dass durch die Schließung des D 22 jetzt alles einbricht – nein, das tut es nicht! Die Katholische Kirche hat in ihrer Aussendung in der Kirchenzeitung und auch in der Stellungnahme mitgeteilt, dass sie ihre Jugendarbeit künftig in den einzelnen Pfarren ausüben wird. Zudem sei man bemüht die Jugendarbeit mehr nach draußen zu verlagern.

Wie vorher bereits erwähnt, hat auch die Obfrau des Vereines mit keinem Wort erwähnt, dass sie am Bestand des D 22 interessiert wäre. Aus diesem Grund lehnen wir diesen Antrag ab.

StR. Reindl-Schwaighofer: Frau GR. Stojanovic, ihre Wortmeldung „ging jetzt relativ stark in die Hose“. Ihre angeprangerten Punkte habe ich in diesem Antrag nicht gelesen. Das war auch nicht die Intention der GRÜNEN, sondern der Berichterstatter sagte – das ist meiner Ansicht genau das was wir diskutieren sollten -, dass uns in der Innenstadt ein Jugendtreff fehlen wird und die Jugendarbeit eventuell erweitert gehört. Wir können uns vielleicht mit dieser Frage auseinandersetzen. Es ist sehr wohl berechtigt diese Angelegenheit im Gemeinderat zu diskutieren, weil wir in der Innenstadt künftig keinen Jugendtreff mehr haben werden. Es steht im Antrag, dass wir darüber diskutieren sollen, ob es nicht für das D 22 einen Ersatz geben sollte. Es stimmt, die Jugendarbeit in den Stadtteilen ist hervorragend – keine Frage, aber die Diskussion über das Offenhalten an Wochenenden können wir sehr wohl führen. Die Jugendlichen können sich sicher selbst

aussuchen wann sie ihre Zeit mit der Familie verbringen wollen oder nicht. Der Hinweis, dass sich Familien durch die flexiblen Arbeitszeiten, durch die unterschiedlichen Familienmodelle ganz anders organisieren, ist berechtigt. Es geht darum, wir verordnen von der Stadt wann die Jugendlichen ihre Zeit mit der Familie verbringen wollen und wann sie in den Jugendtreffs sein dürfen. Das wird es nicht spielen! Die Kinder und Jugendlichen haben eine eigene Entwicklung und sie suchen selbst aus, wann sie sich mit ihren Freunden treffen oder nicht.

Es ist richtig, es gibt ein Schreiben der Katholischen Kirche. Dieses ist zu respektieren. Sie sagt wir organisieren die Jugendarbeit jetzt anders. Diese sagt, sie werden das D 22 nicht mehr als Jugendzentrum weiterführen, sondern sie wollen verstärkt in der Kirche Jugendarbeit machen – das lese ich aus diesem Schreiben heraus. Es ist berechtigt darüber zu diskutieren, ob wir in der Innenstadt einen Jugendtreff brauchen oder nicht.

Das D 22 bestand am dortigen Standort über 30 Jahre. Gestern gab es eine Pressekonferenz zum Thema 35 Jahre Schlachthofgelände. Viele Jugendliche aus dem D 22 kamen auch zu kulturellen Veranstaltungen in den Schlachthof. Es hat durchaus einen Sinn diesen Standort zu überprüfen. Zur Information: Auch der Betriebsverein des Alten Schlachthofes bot sich an dort konzeptiv etwas umzusetzen. In diesem Schreiben steht die Option in Betracht zu ziehen, dass die Stadt Wels stellvertretend einen Jugendtreff führt. Es geht darum, sind wir der Meinung, dass wir in der Innenstadt einen Jugendtreff brauchen oder nicht. Ich nehme zur Kenntnis, die FPÖ ist der Meinung wir brauchen diesen nicht, denn sonst würden sie den Antrag nicht ablehnen, sondern sagen ja, treten wir in einen Dialog. Um das geht es, um gemeinsam für die Jugendlichen in der Stadt Wels etwas zu entwickeln. Es geht nicht darum zu sagen, die Kirche oder die Stadt Wels hat etwas falsch gemacht, sondern wir könnten jetzt etwas Neues machen. Das war die Intention des Antrages, die auch zu unterstützen ist.

GR. Hufnagl: Vorweg zur FPÖ-Gemeinderatsfraktion: Ich erkundigte mich und telefonierte gestern mit der Obfrau. Diese schilderte mir, dass es schade ist, dass das Jugendzentrum D 22 nicht mehr in der Form wie bisher stattfindet. Sie sagte mir, früher war von Dienstag bis Freitag geöffnet, manchmal auch Samstag oder Sonntag. Das Letztere immer projektspezifisch. Ich vernahm auch es ist Bedarf gegeben – ich hörte nicht, dass immer weniger Jugendliche das D 22 besuchten, sondern der Bedarf ist sehr wohl besonders in der Innenstadt vorhanden. Jetzt wird die Jugendbetreuung nur mehr Freitagnachmittag stattfinden in Verbindung mit dem Freiraum. Tatsache ist, wir haben in der Innenstadt das D 22 nicht mehr, auch kein Jugendzentrum. Wir wollen doch in der Innenstadt mehr wohnhafte Menschen. Ein Aspekt ist, in der Innenstadt gibt es bereits jetzt genügend Jugendliche, die einen Bedarf an einen Jugendtreff haben - auch am Wochenende. Deswegen wäre es sinnvoll darüber zu diskutieren etwas Neues zu machen – wie vom Kollegen Reindl-Schwaighofer bereits angesprochen.

Ob das ein neuer Jugendtreff, ein Verein oder ein Projekt der Streetworker sein wird, ist egal. Auch der Standort ist egal. Sollte die Jugendbetreuung im Schlachthof stattfinden, muss man dort sicher bauliche Maßnahmen treffen, weil die Räumlichkeiten schon sehr desolat sind. Ich würde trotzdem sagen, wir müssen uns etwas für die Innenstadt überlegen – es ist ja schließlich auch ein Stadtteil. Diesen Antrag kann ich nur unterstützen. Darüber zu diskutieren wird ja doch noch erlaubt sein.

Bgm. Dr. Rabl übergibt den Vorsitz an Vzbgm. Raggl-Mühlberger.

Vzbgm. Kroiß: Zu Beginn möchte ich sagen, lieber Kollege Reindl-Schwaighofer, ich vermisste deine Höflichkeit, wenn du bei der Kollegin Stojanovic, BSc meinst, diese Meldung „ist in die Hose gegangen“. Das hätte ich von dir nicht erwartet. Kollegin Stojanovic, BSc ging auf die Begründung des Antrages ein, diese lautet: Die Schließung des D 22 reißt eine Lücke in die außerschulische Jugendbetreuung in der Stadt Wels. Darauf ging sie ein und erklärte die verschiedenen Standorte der Jugendtreffs.

Insgesamt betrachtet ist meiner Meinung nach der Antrag der GRÜNEN obsolet, weil ja die Katholische Kirche ein neues kirchliches Jugendhaus schuf und die Jugendarbeit insgesamt in den Pfarren verstärken will. Ebenso sagte die Katholische Kirche durch die hinausgehende Jugendarbeit, wie die Straßenseelsorge aber auch durch Festivalseelsorge, will sie noch sichtbarer werden.

Insgesamt betrachtet muss man sich fragen, warum wurde das D 22 geschlossen? Der Zustrom – das gibt es schriftlich – hat in den letzten Jahren deutlich nachgelassen, d.h. es sind nur mehr sehr wenige dort gewesen. Der Betreiberverein stellte sich die Frage, ob der Schlachthof auf lange Sicht der richtige Standort ist, weil das schlechte Image des Alten Schlachthofes den Zugang für die Besucher des Jugendzentrums erschwerte.

Aufgrund der unterschiedlichen Zielgruppen und Arbeitsweisen hat sich die Nähe zu Streetwork durchaus als schwieriger Faktor für den Betrieb des Jugendzentrums herausgestellt. Daher ist auch die Begründung des Antrages der GRÜNEN aus mehreren Gründen falsch. Hier muss ich der Kollegin Stojanovic, BSc zustimmen. Sie bringen hier wirklich ganz falsche Argumente in sehr vielen Bereichen vor. Ob das der richtige Weg der GRÜNEN ist, wage ich zu bezweifeln.

Die Schließung wurde wegen einem deutlichen Besucherschwund vorgenommen. Wenn die GRÜNEN schreiben, dass dadurch eine Lücke in der außerordentlichen schulischen Jugendbetreuung gerissen wurde, ist das schlichtweg falsch. Gerade die Situierung am Gelände des Alten Schlachthofes wurde vom Betreiberverein als Problem dargestellt und spricht nicht für eine Weiterführung in diesem Bereich. In der Innenstadt, im Freiraum soll mit den Jugendlichen etwas aufgebaut werden – das gibt es auch schriftlich.

Zum Thema Wochenende, das projektbezogen auch am Samstag geöffnet werden soll: Dazu gab es in den Jugendzentren bereits Umfragen zum Thema Samstagöffnung, aber der Zuspruch war nicht da. Aus diesen Gründen werden wir diesen Antrag ablehnen.

GR. Hufnagl: Nur eine kurze Frage: Ich höre immer wieder „das schlechte Image des Schlachthofes“. Ich würde gerne wissen, woher diese Aussage kommt. Gibt es dazu eine Studie, Umfragen o.ä.? Es würde mich wirklich interessieren. Auch die Stadt Wels veranstaltete Events im Alten Schlachthof. Wenn dem so sei, dass dort irgendwie unhaltbare Zustände herrschen, dann sollte man sich einmal darum kümmern. Auch das wäre eine Aufgabe der Stadt dazu eine Veränderung herbeizuführen. Aber zu sagen, das hat ein schlechtes Image und darum wird dort nichts mehr eingerichtet, ist eher eine sehr kurzfristige Vorgangsweise.

Vzbgm. Raggl-Mühlberger übergibt den Vorsitz an Bgm. Dr. Rabl.

Bgm. Dr. Rabl: Danke sehr Herr Gemeinderat Hufnagl. Ich verweise auf die Geschäftsordnung des Gemeinderates, wonach die Möglichkeit besteht eine Anfrage an den zuständigen Referenten zu richten. Vielleicht kann es trotzdem wer beantworten.

GR. Ganzert: Ein Vorbild ist es eigentlich nicht in so einem Ton miteinander umzugehen, gleich zu Beginn auf einzelne Fraktionen und Personen „hinzustechen“, nur weil diese einen Initiativantrag schreiben. Ein Wink an die Vorsitzführung darauf zu achten wie wir gepflogen miteinander umgehen und vielleicht mit einem Ordnungsruf zu schauen, damit die ganze Sache ordnungsgemäß abgehandelt wird.

Zu Beginn einen großen Dank an das Team des D 22. Selbst war ich ehrenamtlich im Vorstand des D 22 tätig und kann mich daher an den damaligen Beschluss zur Absiedelung des D 22 vom Gelände des Alten Schlachthofes gut erinnern. Aus der Sicht des D 22 hat sich das Konzept ganz einfach überholt und ist daher das innerstädtische Jugendzentrum nicht mehr weiterzuführen. Es wurde von meinen Vorrednern auf das Schreiben der Katholische Kirche verwiesen.

Der Verein schrieb: „Ein neuer Standort war eine logische Folge dieser Neuausrichtung. Die Entscheidung dafür wurde nach reichlicher Überlegung vom ehrenamtlichen Trägerverein des kirchlichen Jugendzentrums Wels und seinen hauptamtlichen Mitarbeitern gemeinsam getroffen. Gerne wären wir mit dem neuen Angebot weiterhin in der Innenstadt geblieben. Während einer zweijährigen intensiven Suche konnte leider keine geeignete und zugleich leistbare Räumlichkeit gefunden werden. Schließlich wurden uns von der Pfarre Vogelweide Büroräumlichkeiten zu einem vertretbaren Preis angeboten. Diese haben wir im Winter 2019 dankend bezogen.“

Also man merkt, man hätte schon versucht in der Innenstadt zu bleiben und ein eigenes Jugendzentrum zu betreiben. Dass es aber nun Büroräumlichkeiten in der Pfarre Vogelweide sind, hilft den Jugendlichen in der Innenstadt herzlich wenig. Auch die gezogenen Vergleiche im Gemeinderat sind meiner Meinung nach armselig, weil es wieder einmal klassische Nebelgranaten sind.

Es ist richtig, wir freuen uns, dass 28 Jugendliche in der Noitzmühle sind. Es war für uns ein großes Ziel und wir haben lange dafür gekämpft in diesem Stadtteil wieder einen Jugendtreff zu bekommen. Das ist gut, aber es hilft den Jugendlichen in der Innenstadt nichts. Der Ersatz „Freitags im Freiraum“ hilft uns auch nichts. Es wird doch keiner ernsthaft glauben, dass dies ansatzweise ein Ersatz ist.

In dieser Diskussion geht es nicht um die Schaffung eigener Räumlichkeiten in der Innenstadt, die durchgängig geöffnet sind. Wir hörten bereits einiges in der Diskussion in Richtung Gesamtkonzepte, Öffnung am Wochenende. Dazu gibt es bereits Erhebungen. Ich weiß nicht ob die Ausschussmitglieder diese Zahlen schon kennen. Aus diesem Grund stelle ich den Antrag zu Geschäftsordnung, diesen Initiativantrag der GRÜNE-Gemeinderatsfraktion in den Sicherheits-, Integrations- und Sportausschuss zu verweisen.

Bgm. Dr. Rabl: Danke für den „Wink“, der nicht erforderlich war. Lieber Stefan, ich kenne die Geschäftsordnung des Gemeinderates sehr gut.

Der Antrag zur Geschäftsordnung von GR. Ganzert auf Zuweisung des Initiativantrages in den Sicherheits-, Integrations- und Sportausschuss zur Beratung und Diskussion wird mit

gegen 9 Ja-Stimmen (SPÖ-Fraktion, NEOS)
24 Nein-Stimmen (FPÖ-, ÖVP- und GRÜNE-Fraktion)
abgelehnt.

GR. Mag. Humer war bei der Abstimmung nicht im Sitzungssaal anwesend.

Vzbgm. Kroiß: Ich möchte kurz auf die Anfrage von GR. Hufnagl eingehen, wonach der Alte Schlachthof ein schlechtes Image haben sollte. Das kann ich nicht sagen, aber es gibt ein Schreiben des Betreibervereins, in dem er schreibt: „...Dazu stellte sich für das D 22 die Frage, ob der Schlachthof auf lange Sicht der richtige Standort ist. Das leider schwierige bis schlechte Image des Alten Schlachthofes erschwerte uns den Zugang des D 22.“ Weiter geht es mit der räumlichen Nähe zu Streetwork, welches als schwieriger Faktor für den Betrieb eines Jugendzentrums angeführt ist.

GR. Wiesinger: Diese frostige Diskussion passt sehr gut zur Temperatur in den Minoriten. Das schlechte Image des Alten Schlachthofes kann ich überhaupt nicht nachvollziehen. Persönlich war ich sehr oft im Schlachthof und hatte noch nie den Eindruck eines schlechten Images gewonnen. Vielleicht, lieber Markus, solltest du öfter den Alten Schlachthof besuchen.

Wenn ein Verein nach Jahrzehnten ein Jugendzentrum schließt, macht er dies nicht von einem Tag auf den anderen, das überlegt er sich reiflich. Man kann natürlich sagen, wenn ein Jugendzentrum geschlossen wird, reißt das eine Lücke – nur ganz so ist es in der Innenstadt nun doch nicht. Es gibt die Evangelische Kirche, die einen Jugendtreff betreibt, einen Jugendzentrumsförderungsverein mit dem Jugendzentrum Zoom in der Rainerstraße. Auch die Katholische Kirche - die Stadtpfarre betreibt eine Jungschar und einen Jugendtreff. Es gibt sehr wohl Anlaufstellen für die Kinder und Jugendliche in der Innenstadt. Von einer Lücke zu sprechen, ist schon sehr kühn.

In der Stellungnahme von Sabine Kosar ist einiges enthalten. Sie sagt schon, dass ein Bedarf gegeben ist, aber die Besucherzahlen rückläufig sind. Vielleicht nehmen die Jugendlichen den Standort nicht an. Das ist der Grund warum wir diesen Antrag ablehnen, wenn die GRÜNEN sagen, vielleicht soll die Stadt Wels das D 22 übernehmen. Scheinbar gibt es Probleme mit dem Standort. Die Jugendlichen nehmen den Standort nicht an.

Ein Dank an das Führungsteam des D 22, sie haben hervorragende Arbeit geleistet. Aber es hat sich der Standort oder das Konzept vielleicht nicht bewährt. Eines darf man nicht vergessen, das D 22 kündigte in ihrer Stellungnahme an dezentrale Jugendarbeit anzubieten - in allen Stadtteilen. Dazu gehört auch die Innenstadt. Deshalb schauen wir was passiert, geben wir dem neuen Konzept des D 22 eine Chance, geben wir den anderen Jugendzentren mit ihren Angeboten eine Chance und schauen wir, ob es wirklich so eine Lücke reißt. Ich glaube nicht.

GR. Mag. Teubl: Offensichtlich gilt für die FPÖ-Fraktion sowieso, wenn auf einem Antrag GRÜNE draufsteht, dann wird dieser abgelehnt und erst dann überlegen wir uns wie wir diese Ablehnung begründen können. In dieser „Vorlesung“, die uns hier zuteil wurde, sind keinerlei Argumente enthalten, die eingegangen wären auf die Argumentation, die ich in der Begründung des Antrages vorbrachte. Es hat wirklich jede Menge Unterstellungen, falsche Behauptungen und polemische Seitenhiebe gegeben. Gut, soll es so sein!

Kollege Reindl-Schwaighofer hat dankenswerter Weise noch einmal versucht die Argumentation auf eine etwas andere Weise zu erläutern. Ich weiß nicht, ob das vielleicht mehr gefruchtet hat - offensichtlich nicht wirklich. Denn, wenn hier behauptet wird es geht darum, dass wir nicht wissen, dass es keine Einrichtung der Stadt war, dann ist das schon am Rande der Lächerlichkeit.

Zum Thema „Gibt es eine Lücke nach Schließung des D 22 ja oder nein?“ kann man nur eines sagen: Wenn wir in allen anderen Stadtteilen als Stadt Jugendzentren betreiben und in der Innenstadt gibt es eine solche Einrichtung nicht, ich würde sogar sagen darüber hinausgehend gilt das auch für weite Teile Lichteneggs, weil die Noitzmühle ist auch von den innenstadtnahen Teilen Lichteneggs nicht gerade sehr gut erreichbar, dann ist das doch offensichtlich eine Lücke in der städtischen Jugendarbeit, die bisher von einer kirchlichen Einrichtung befüllt wurde, die jetzt halt nicht mehr befüllt wird. Natürlich gibt es andere Angebote, natürlich gibt es die Pfadfinder, die Einrichtungen der Katholischen Kirche in den Pfarren, es gibt auch die GRÜNE Jugend und den Ring freiheitlicher Jugend, wo man seine Freizeit verbringen kann, aber es gibt hier kein städtisches Angebot. Es gibt auch in ganz Wels kein Angebot für städtische Jugendarbeit am Wochenende. Der Sonntag wird einfach als Freizeittermin für die Jugendlichen ignoriert. Darauf aufmerksam zu machen ist für uns ein Anliegen.

Mit der Ablehnung haben wir fast gerechnet. Warum? Es geht offensichtlich gar nicht darum Jugendarbeit ernst zu nehmen, denn sonst hätte man nicht jahrelang gebraucht um in einem Stadtteil, den man immer wieder als Brennpunkt-Stadtteil bezeichnete (Noitzmühle), endlich wieder einmal ein Jugendzentrum zu eröffnen.

Der Alte Schlachthof sei ein Standort, den die Jugendlichen nicht annehmen. Wer auch immer das behauptete, war noch nie dort, denn es gibt dort eine Unmenge von Veranstaltungen, bei denen zugegebenermaßen nicht nur jugendliches Publikum, aber doch auch sehr viel Jugendliche im Alten Schlachthof sind. Selbst wenn gerade nichts los ist, sieht man die Jugendlichen mit ihren Skateboards am Gelände herumfahren und sich dort aufhalten. D.h. es gibt offensichtlich dieses schlechte Image, das hier von mancher Seite dem Schlachthof angedichtet werden soll, nicht wirklich. Die Ausrede ist natürlich sehr brauchbar. Nur weil jetzt der kirchliche Trägerverein seine Jugendarbeit anders ausrichtet heißt das noch lange nicht, dass dieser Standort, diese Einrichtung D 22 oder die Räumlichkeiten, in denen sich dieses Jugendzentrum befunden hat, nicht für Jugendarbeit geeignet wären.

Wir glauben nach wie vor es wäre wichtig diese Chance aufzugreifen und für die innerstädtischen Jugendlichen ein Angebot zu schaffen. Wir hätten uns zumindest gewünscht die Angelegenheit im zuständigen Ausschuss ausführlich zu besprechen und darüber eine ernsthafte Diskussion abzuführen. Da braucht es keine Zuweisung lieber Stefan, weil du fragtest, warum wir dann nicht dem Zuweisungsantrag zugestimmt haben, weil ja im Antrag nichts anderes enthalten ist als das man bitte diese Optionen prüfen

soll. Könnten wir vielleicht einmal davon ausgehen, dass man Anträge auch lesen kann! Im Antrag ist enthalten, dass man etwas diskutieren soll und statt es zu diskutieren lehnt man die Diskussion ab! Das ist doch eigentlich nicht der Stil wie man Politik betreiben sollte und das ist auch nicht das was unsere Stadt vorwärts bringt.

Bgm. Dr. Rabl: Danke dem Gemeinderat Mag. Teubl. Ich halte jetzt für alle Gemeinderatsmitglieder fest, wir gehen davon aus, dass wir alle sinnerfassend lesen können. Diese ständigen Unterstellungen ersuche ich in Zukunft zu vermeiden im Sinne einer Ordnung für uns alle.

Der Initiativantrag (Anlage 1) der GRÜNE-Gemeinderatsfraktion wird mit

gegen 12 Ja-Stimmen (SPÖ- + GRÜNE-Fraktion, NEOS)
21 Nein-Stimmen (FPÖ- + ÖVP-Fraktion)
abgelehnt.

GR. Mag. Humer war bei der Abstimmung nicht im Sitzungssaal anwesend.

Bgm. Dr. Rabl begrüßt die Teilnehmer des Dienstausbildungslehrganges und übergibt den Vorsitz an Vzbgm. Kroiß.

Berichterstatter Bürgermeister Dr. Andreas Rabl

2.)

Beschluss über Darlehenstilgung; WBF-DL Land OÖ
(Fin-1418; 4001181800, WO-2013-78453 bzw. Fin-1418;
4001181819, WO-2013-78454)
FD-Fin-242-2020

Der Antrag (Anlage 2) lautet nach Vorberatung im Finanz- und Präsidentialausschuss am 27. Februar 2020:

1. Die Wohnbauförderungsdarlehen vom Land Oberösterreich gemäß den Schuldscheinen vom 06.07.1999 bzw. vom 29.04.2003 (Wo-400297 0) sind durch Vornahme einer zum frühestmöglichen Zeitpunkt gänzlichen vorzeitigen Tilgung zu kündigen und aufzulösen.
2. Die Kreditüberschreitung gemäß Anlage 1 wird genehmigt.

Einstimmig angenommen.

3.)

GR-Kreditoperationen gemäß § 54 Statut der Stadt Wels
FD-Buch-14-2020/001

Der Antrag (Anlage 3) lautet nach Vorberatung im Finanz- und Präsidialausschuss am 27. Februar 2020:

Die beantragten Kreditüberschreitungen (Anlage 1) werden genehmigt.

Der Antrag zu Punkt 3. der Tagesordnung wird mit

gegen 29 Ja-Stimmen (FPÖ-, SPÖ- + ÖVP-Fraktion, NEOS)
2 Stimmenthaltungen (GRÜNE-Fraktion)

angenommen.

GR. Mag. Schindler, GR. Dr. Csar und GR. MMag. Rumersdorfer waren bei der Abstimmung nicht im Sitzungssaal anwesend.

4.)

Gebäudebestandsaufnahme und Import
der Kindergärten und Horte der Stadt Wels
in das CAFM-System RKV Neubedarf;
Auftragsvergabe an die Firma gh.plan-quadrat
Bestandsaufnahmen GmbH, Wels;
SD-KFM-304-2020

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Finanz- und Präsidialausschuss am 27. Februar 2020, der Gemeinderat der Stadt Wels möge den Vertrag Gebäudebestandsaufnahme und Datenimport in CAFM-System für die Kindergärten und Horte der Stadt Wels an die Firma gh.plan-quadrat Bestandsaufnahmen GmbH mit einer Auftragssumme von brutto € 72.000,-- beschließen.

Einstimmig angenommen.

5.)

Attraktivierung Marktareal; Ertüchtigung der
technischen Gebäudeausstattung im Bestand sowie
Planungsarbeiten für Baumaßnahmen; Grundsatzbeschluss
nach der Bauvorhaben-Übertragungsverordnung 2019
SD-KFM-1100-2020
miterledigt: SD-TFM-41-2019

Der Antrag (Anlage 4) lautet nach Vorberatung im Finanz- und Präsidentialausschuss am 27. Februar 2020:

Das gegenständliche Bauvorhaben betreffend „Attraktivierung Marktareal – Ertüchtigung der technischen Gebäudeausstattung im Bestand sowie Planungsarbeiten für Baumaßnahmen“ gemäß der Darstellung im Amtsbericht vom 27.01.2020, SD-KFM-1100-2020 miterledigt SD-TFM-41-2019, mit veranschlagten Gesamtkosten von netto € 510.000,- wird grundsätzlich beschlossen.

StR. Lehner: Die Attraktivierung dieses Marktareals ist ein wesentlicher Schritt für die Attraktivierung der Innenstadt. Es geht um die Schaffung von Frequenzen und es sind die ersten umzusetzenden Maßnahmen bei einem Gesamtbudget von über 1,6 Mio. Euro. Dieses Budget stellen wir für die Attraktivierung des Marktes zur Verfügung. Es werden die technischen Gebäudesanierungsmaßnahmen vorgesehen, wie die Adaptierung der Stromanschlusswerte und der Lüftungsanlage. Derzeit können wir bei der Zuteilung von neuen Marktständen nicht so agieren wie wir gerne wollen. Wir müssen auf die zur Verfügung stehende Stromleistung Rücksicht nehmen bzw. wieviel Abluftleistung wir noch zusätzlich in Anspruch nehmen können. Es sind uns hier die Hände gebunden und es ist das Treffen dieser Maßnahmen wirklich notwendig.

Zu den vorbereiteten Umsetzungsmaßnahmen ist im Beschluss auch die Planungsarbeit enthalten. Das ist wesentlich für die nächsten Schritte, wie die Attraktivierung des Marktareals. Diese wird mit einem abgestimmten Entwurf vorbereitet. Es geht speziell auch um die rechtliche Abwicklung, um die durchzuführenden Bewilligungsverfahren und um die Ausschreibungen, damit es uns gelingt im Frühjahr (idealerweise beginnend im Jänner) nächsten Jahres die Maßnahmen zu setzen, die man dann auch optisch wahrnimmt, damit wir beim Markt so sind wie wir uns das wünschen, wie wir das auch gemeinsam beschlossen haben mit einem Gesamtbudget von 1,6 Mio. Euro. Für diesen Bereich ist es ein wirklich großes Budget, danke allen Vertretern des Gemeinderates.

Vzbgm. Huber: Natürlich ist eine Attraktivierung unserer Markthalle, des Marktplatzes eine tolle Sache. Bereits im Mai 2017 wurde diese Attraktivierung großartig angekündigt. In der damaligen Presseaussendung war die Rede von neuen Aufenthaltszonen, es gab die Idee von Pavillons in Anlehnung an den Wiener Naschmarkt und von einer Umsetzung in den kommenden zwei bis drei Jahren. Auch die Prioritätenliste - 10 Punkte für eine Verschönerung der Markthalle - wurde im Jahr 2017 vom Marktverein ausgearbeitet und dem Magistrat übermittelt. Diese klang sehr vielversprechend.

Im Herbst 2019 gab es die Jurysitzung. Ich durfte Teil der Jury sein. Die Architekten wurden gebeten zu den 10 Punkten Stellungnahmen abzugeben, wie Glasfoyer, ansprechende Außenmarkisen, Segel zur Beschattung, Chill-Bereich mit städtischen Bäumen bis hin zum nostalgischen Brunnen; vom Zumachen der Arkade usw. war die Rede. Ich habe vermutlich - wie viele Welser - tolle Bilder dazu im Kopf. Gleichzeitig bin ich mir sicher, dass mit diesen 1,6 Mio. Euro, wovon eben 300.000 Euro in die Sanierung des Bestandes und 210.000 Euro an Planungskosten wegfallen, sich halt nicht wieder alles realisieren lässt. Leider gab es beim Architektenwettbewerb kein Kostenlimit, denn so manche Vorschläge lagen bei 3 Mio. Euro Umsetzungskosten und mehr. Jetzt werden wir uns halt nach der Decke strecken müssen. Manches wird nicht realisierbar sein und ein bisschen bescheidener ausfallen.

Aber ich freue mich trotzdem auf die neue Markthalle und ich hätte mir im Vorfeld ein bisschen weniger Ankündigung gewünscht. Dennoch hoffe ich, dass die Welser ein attraktives Marktareal bekommen, die Beschicker und Besucher zufrieden sind, wo neben der Regionalität und Vielfalt auch dem Wohlfühlgefühl und dem Klimawandel mit entsprechenden Grün- und Beschattungsmöglichkeiten Rechnung getragen wird.

GR. DI. Haydinger: Auch ich freue mich wie meine Vorrednerin darüber heute diesen wichtigen Beschluss für die Stadt Wels zur Attraktivierung des Marktareals zu fassen. Ganz besonders freut es mich auch, dass mit den Architekten Benesch und Stögmüller zwei Welser Architekten den Ideenwettbewerb gewonnen haben. Deshalb, weil ich der festen Überzeugung bin, dass man ein gewisses Gespür für den Welser Wochenmarkt benötigt um zu wissen, wo man welche Akzente und Schwerpunkte setzen muss.

Mit den vielen Miteigentümern sind uns in vielen Bereichen die Hände gebunden, daher wird es wohl auch nur eine abgespeckte Version geben. Umso mehr freut es mich, dass zwei Welser Architekten nun dies umsetzen werden, weil sie genau wissen was wir brauchen. Wir benötigen keine komplette Neuerfindung des Welser Wochenmarktes.

In Wels sind wir in der glücklichen Situation, dass wir im Umfeld von Wels über sehr viele landwirtschaftliche Betriebe verfügen, die den Welser Wochenmarkt mit hochwertigen regionalen Produkten versorgen. Mit der Neugestaltung des Wochenmarktes wird die Welser Bevölkerung in der Lage sein diese hochwertigen regionalen Produkte, sowohl konventionell als auch in biologischer Qualität, weiterhin zur Verfügung zu haben. Mit dieser Attraktivierung wird das Einkaufserlebnis noch größer.

Alle Ideen und alle Konzepte bringen uns aber nichts, wenn uns das nötige Budget für die Realisierung fehlt. Ich darf die Gelegenheit nutzen mich ganz besonders bei unserem Finanzreferenten und Bürgermeister Dr. Andreas Rabl zu bedanken. Er schaffte es in den letzten viereinhalb Jahren neben den außerordentlichen Tilgungen auch noch so viel Reserven anzusparen, dass diese Attraktivierung des Marktes in einer Höhe von maximal 1,6 Mio. Euro ermöglicht wird ohne neue Schulden zu machen. Dafür ein herzliches Dankeschön!

GR. KR. Schönberger: Warum muss man nach Kopenhagen fliegen, damit man dahinterkommt, dass die Stromanschlussleistung in Wels schwach ist? Ich weiß auch nicht warum man in Kopenhagen feststellt, dass die Luft in der Markthalle schlecht ist.

Aber gut, mag alles sein für einen klareren Kopf, um die Dinge in Wels besser zu sehen, dass man vielleicht auch erkennt nicht der einzige Eigentümer auf dem Marktareal zu sein. Planen zu lassen und hinterher draufzukommen, dass ich das alles brauche, finde ich als ziemlich schwachen Zugang. Dann noch den Deckel draufzugeben und zu sagen, ich habe das Geld nicht um wirklich eine Vision umzusetzen.

Vor über 23 Jahren wurde die Markthalle letztmalig umgestaltet und attraktiviert. Ich denke, man könnte schon für ein künftiges zukunftsweisendes Konzept ein bisschen mehr tun als nur die Wände zu färbeln, mehr oder minder das Licht neu zu machen oder das Wasser und die berühmten Wasserspiele, die vielleicht wieder kommen, oder einen Pavillon, damit man ein Markterlebnis schafft. Das wird mit diesem Budget nicht möglich sein.

Ich beglückwünsche die Architekten Benesch und Stögmüller dazu, dass sie mit dieser geringen Summe trotzdem etwas Vernünftiges planen können. Viel Glück dabei, die Herausforderung ist wirklich sehr groß was den Verhandlungsspielraum betrifft - der Freiraum am Marktplatz ist sehr eingeschränkt. Außer der Wirtschaftsreferent und der Bürgermeister bemühen sich doch mit den Bewohnern und den Eigentümern einen Konsens herzustellen, der vielleicht zu 100 % mitgetragen werden kann, um für die Stadt Wels auch an diesem Platz etwas Zukunftsweisendes zu erreichen. Sonst würde ich sagen es ist sehr viel einfach Ankündigungspolitik, riesige Luftballons, die immer aufgeblasen werden und dann am Ende nicht mehr recht viel übrig bleibt außer eine leere Hülle, die gerade einmal das erledigt was unbedingt notwendig ist. So scheint es mir letzten Endes auch bei dieser Markthalle.

Aber ich bin mir bewusst, das Jahr 2021 schreitet mit riesen Schritten auf uns zu. Es wird schon rechtzeitig etwas zu eröffnen geben, wenn der Wahlkampf beginnt.

GR. Mag. Teubl: Auch wir GRÜNE sind natürlich für die Attraktivierung des Marktareals. Unseres Erachtens ist eine Attraktivierung auch dringend nötig. Allerdings glauben wir, dass bei diesem vorliegenden Antrag die Bezeichnung Attraktivierung ein Etikettenschwindel ist, denn in Wirklichkeit geht es um ein paar technische Maßnahmen, um Erneuerungen im technischen Bereich oder wie es im Untertitel so schön heißt um die Ertüchtigung des Gebäudebestandes, die man - wie der Herr Bürgermeister sagte - großteils nicht sehen wird. Bei den Maßnahmen, die dann wirklich den Markt attraktiver machen könnten, wo es also optisch an das Eingemachte geht, sind wir von StR. Lehner gerade auf das nächste Jahr vertröstet worden. Wie man aus zahlreichen Wortmeldungen auch schon weiß, wird dann auch nicht der große Wurf dabei sein.

Ich war auch in Kopenhagen und in der Markthalle, allerdings nicht auf Kosten der Stadt, und habe mir das angesehen. Dort gibt es wirklich einen attraktiven Markt, der auch von Touristen gerne besucht wird. Ich befürchte, so wird es in Wels nicht werden, denn es scheitert erstens an den möglichen Einsprüchen von zahlreichen Eigentümern des Gebäudes, die alle etwas mitzureden haben, und es scheitert meines Erachtens auch ein bisschen an sich trauen. Wenn man jetzt schon davon spricht – wie dies Kollege DI. Haydinger machte -, dass man ein Gespür braucht für den Welser Wochenmarkt oder wie an anderer Stelle im Zusammenhang mit der Freshland-Verhinderung es geheißen hat, wenn man den Marktplatz als einen sensiblen Bereich sieht, wo möglichst wenig verändert werden soll, dann wird am Ende nicht etwas wahnsinnig Attraktives herauskommen.

Das ist in diesem Zusammenhang unsere Befürchtung. Ich bedaure es auch sehr, dass man bei all diesen Hindernissen, die einer tatsächlichen Attraktivierung des Welser Wochenmarktes offensichtlich entgegen stehen, nicht auch die Möglichkeit einer Absiedelung und einer Situierung an einem anderen Standort ins Auge gefasst hat. Denn hier unterliegt man offensichtlich Restriktionen, die das was man Attraktivierung nennt nur in Ansätzen möglich machen wird. Das ist schade.

GR. Dr. Csar: Zuerst einmal ein Dankeschön für die zahlreichen Wortmeldungen, insbesondere für die humoristischen Einlagen von Kollegen Schönberger. Er nimmt das Ganze ein bisschen locker. Wir nehmen das sehr ernst weil wir wollen, dass das Marktgelände schön gestaltet wird. Es freut mich jetzt etwas vorliegen zu haben, das wir

auch zeitgerecht umsetzen werden. Ich hoffe die Verfahren gehen schnell und erfolgreich über die Bühne. Herzlichen Dank an den Marktreferenten, der die Initiative ergriff, dem die Neugestaltung des Marktes schon lange ein Anliegen ist. Das ist wichtig und die Welser Bevölkerung fordert das auch immer, das Interesse dafür ist vorhanden.

Danke auch den Steuerzahlern, den Bürgern der Stadt Wels. Wir übernehmen verantwortungsvoll damit den Auftrag mit den Steuergeldern vernünftig umzugehen. Mit dieser Attraktivierung des Marktplatzes geschieht das. Es ist notwendig und sinnvoll Wels schön zu gestalten, weil viele Jahre davor vieles versäumt wurde. Das wird jetzt nachgeholt.

Vzbgm. Raggl-Mühlberger: Zu einem Punkt möchte ich Stellung nehmen, und zwar zu der Aussage von Herrn Mag. Teubl – Absiedelung des Marktes von der Innenstadt. Es wurde gerade von CIMA eine Studie im Auftrag des Österreichischen Städtebundes herausgegeben, in der genau enthalten ist, wie wichtig gerade attraktive Märkte für die Innenstadt sind, für die Belebung der Stadtkerne. Es gibt dazu 15 Qualitätsmerkmale, die einen attraktiven Markt ausmachen. Darunter natürlich auch die Regionalität und Speisen, die in der Umgebung hergestellt werden. Die innerstädtischen Märkte haben eine sehr zentrale Bedeutung für einen Handelsplatz direkt in der Innenstadt. Daher ist es umso wichtiger diesen genau dort zu belassen. Eine Attraktivierung ist wirklich wichtig. Diese 1,6 Mio. Euro, die wir in den Markt investieren, sind einmal ein großer Anteil. Natürlich betrifft es zuerst die Belüftung und den Strom, aber es werden auch weitere Maßnahmen gesetzt. Wie wir bereits hörten, ist halt nicht allzu viel möglich oder so viele Dinge, die wir gerne hätten. Man kann sich viele Dinge wünschen – keine Angst, es kommen keine neuen Wasserspiele auf dem Marktareal. Aber man kann sich Dinge anschauen und herausnehmen. Das heißt nicht, wenn ich wo war, dass ich etwas 1:1 umsetzen muss. Wir haben uns nicht nur den Markt in Kopenhagen angesehen – hier muss man etwas mehr bei der Wahrheit bleiben.

Bgm. Dr. Rabl: Danke für die rege Teilnahme an der Diskussion. Das zeigt auch wie wichtig der Markt für die Welser und für jede einzelne Partei ist. Vielleicht ergänzend noch ein paar Anmerkungen:

Geld ist immer zu wenig vorhanden, für jedes Projekt. Natürlich könnte man den Markt mit 5 oder 10 Mio. Euro attraktivieren. Es geht darum welches Projekt man dann nach hinten schiebt. In der Stadt Wels haben wir zahlreiche Projekte. Alleine, wenn ich StR. Reindl-Schwaighofer nennen darf, so hat dieser unfassbar viele Ideen was die Schul- und Bildungseinrichtungen betrifft, auch StR. Klaus Hoflehner hat unfassbar viele Ideen im Bereich der Straßen, Radwege, Gehsteige und Verkehr. Da rede ich noch gar nicht von StR. Lehner, der als Baureferent ohnehin fast mit jeder größeren Bauangelegenheit in der Stadt Wels befasst ist.

Insgesamt gesehen geht es doch immer darum das Bestmögliche und das Notwendige für unser Geld zu bekommen. Diese 1,6 Mio. Euro für den Marktplatz sind eine Kompromisslösung gewesen, mit der man aber aus meiner Sicht durchaus etwas anfangen kann und mit der eine Attraktivierung notwendig und möglich ist. Betrachte ich diesen Beschluss geht es „nur“ um die Lüftung. Diese kostet ja bereits eine halbe Million Euro und um den Stromanschluss und die Fluchtwegbeleuchtung, wobei ich zwar ungern, aber in diesem Fall muss ich es, dem GR. Schönberger widerspreche. Lieber Karl, wir haben uns in Kopenhagen nicht angeschaut und gerochen wie schlecht die Luft

in der Markthalle ist, sondern wie gut die Luft in der Markthalle ist. Dort funktioniert nämlich die Lüftung. Insofern dürftest du fehlinformiert gewesen sein. Macht aber nichts!

Was den Konsens mit den Eigentümern und die Planungsfrage betrifft, ist eines völlig klar. Wir müssen die Eigentümer konkret fragen was und wofür sie ihr Ja-Wort geben. D.h. ich brauche natürlich zuerst die Planung, weil ohne Planung wissen die Eigentümer nicht einmal worüber sie abstimmen sollen. Ich kann ihnen sagen, wir wollen den Markt attraktiveren – seid ihr damit einverstanden – ja oder nein? Dann werden uns die Eigentümer fragen, was wir eigentlich überhaupt machen wollen. Zuerst die Planung, wenn diese vorhanden ist dann die Frage an die Eigentümer, ob sie damit einverstanden sind. Wobei es auch Maßnahmen gibt, die wir ohne Zustimmung der Eigentümer machen können. Für andere brauchen wir eine Zustimmung. Auch dazu eine Information: Es gibt einen sehr komplexen Wohnungseigentumsvertrag, in dem enthalten ist, dass wir natürlich einen Pavillon auf dem Freiplatz errichten können, wenn wir das wollen. Aber dieses Einverständnis gab es schon bei der Errichtung der Markthalle.

Was die Absiedelungsfrage betrifft, so haben wir uns natürlich auch damit beschäftigt. Aber eines ist völlig klar, eine Absiedelung des Marktes kostet nicht 1,6, 3 oder 5 Mio. Euro, sondern wir liegen bei 7 bis 10 Mio. Euro. Dann wissen wir noch nicht wohin wir überhaupt absiedeln sollen. Es gab den einen oder anderen Vorschlag, wie gegenüber dem Alten Schlachthof-Gelände. Das ist jedoch vom Zentrum relativ weit entfernt. Bedenkt man wie groß die Freifläche ist, die man braucht um einen funktionierenden Markt zu etablieren und wenn man weiter bedenkt, dass die Benützung des Marktes ja nur Mittwoch und Samstag vormittags stattfindet, dann ist es recht schwierig im innerstädtischen Bereich einen alternativen Platz zu finden. Wobei ich schon sagen muss, dass für die am Freitag stattfindenden Märkte am Kaiser-Josef-Platz nicht alle Stände immer erforderlich sind. Dieser erste Schritt ist richtig und Voraussetzung für jeden weiteren Schritt. Darum ersuche ich um ihre Unterstützung.

Der Antrag zu Punkt 5. der Tagesordnung wird

einstimmig angenommen.

Vzbgm. Kroiß: Zum nächsten Tagesordnungspunkt gibt es einen Abänderungsantrag der FPÖ-, SPÖ- und ÖVP-Gemeinderatsfraktion, der lautet:

1. Beschlussantrag:

Es wird beantragt, der Gemeinderat möge beschließen:

Der Amtsbericht zu TOP 6. einschließlich seines Beschlussantrages und seiner Beilagen wird dahingehend abgeändert, dass dieser lautet wie Beilage 1 zum gegenständlichen Abänderungsantrag.

Beilagen:

1. Amtsbericht vom 05.03.2020 einschließlich Wettbewerbsausschreibung vom 05.03.2020
2. Wettbewerbsausschreibung-Überarbeitungsmodus

2. Begründung:

Die Freigabe durch die Kammer der ZiviltechnikerInnen/ArchitektInnen und IngenieurInnen und den Gestaltungsbeirat ist erst am 27.02.2020 erfolgt. Daher konnten die Höhe der Preisgelder und die Namen der Juroren erst verspätet in die Unterlagen aufgenommen werden.

Außerdem wurden einige Passagen ergänzt oder korrigiert. Diese Änderungen sind in der Beilage „Wettbewerbsausschreibung – Überarbeitungsmodus“ zur leichteren Lesbarkeit markiert.

Bitte diese Abänderungsantrag in die Diskussion mitaufzunehmen.

6.)

Realisierungswettbewerb Kaiser-Josef-Platz
SP-124-04-1-2020 miterledigt: Org-P-1-2020

Der Antrag (Anlage 5) lautet nach Vorberatung im gemeinsamen Finanz- und Präsidialausschuss, Wirtschafts-, Stadtentwicklungs- und Bauausschuss und des Verkehrsausschusses am 27. Februar 2020:

1. Der im Amtsbericht vom 10.02.2020, SP-124-04-2020 miterledigt: Org-P-1-2020, dargestellte Realisierungswettbewerb für den Kaiser-Josef-Platz mit einem Kostenvolumen von geschätzten € 208.200,- inkl. MWSt. (Kostengenauigkeit +/- 10 %) wird beschlossen und dem Vorhaben zugestimmt.
2. Beiliegende Wettbewerbsausschreibung samt ihren Beilagen wird beschlossen.

GR. Mag. Teubl: Antrag zur Geschäftsordnung: Zu diesem Abänderungsantrag möchten wir schon feststellen, dass es eigentlich nicht korrekt ist so einen umfangreichen Abänderungsantrag nur mündlich vorzustellen und nicht schriftlich den Fraktionen vorzulegen. Angeblich ist er zwar inzwischen auf dem Portal abrufbar, aber wenn man schon vor einigen Tagen seine Unterlagen heruntergeladen hat, dann kennt man diesen nicht. Nun sollen wir jetzt ohne diesen schriftlich vorliegen zu haben darüber entscheiden, ob der Abänderungsantrag korrekt ist oder nicht. Eine solche Vorgangsweise halte ich für völlig unmöglich.

Bgm. Dr. Rabl: Bei diesem Abänderungsantrag geht es um zwei Zeilen, die ausgetauscht wurden. So umfangreich ist daher diese Änderung nicht, noch dazu weil es sich um technische Details handelt, die in diesem Zusammenhang geändert wurden in Absprache mit der Architektenkammer.

Im Übrigen ist das kein Antrag zur Geschäftsordnung, weil was wurde beantragt Herr Mag. Teubl?

GR. Mag. Teubl: Ich habe mir jetzt doch verkniffen den Antrag auf Absetzung des Punktes von der Tagesordnung zu stellen, der eigentlich die Konsequenz einer solchen Vorgangsweise sein müsste.

GR. Mag. Sönser: Ich bin jetzt auch ein bisschen überrascht über diesen kurzfristigen Abänderungsantrag. Ich kenne den genauen Inhalt nicht. Ich hörte, es soll so sein, dass die Gelder reduziert wurden. Stimmt das?

Bgm. Dr. Rabl: Ja, das ist so und zwar deshalb, weil sich die Auftragssumme insgesamt reduzierte und angepasst an die Auftragssumme sind die Honorare für die Architekten reduziert worden.

GR. Mag. Sönser: Über die Stellungnahme der Kammer?

Bgm. Dr. Rabl: Die Kammer hat diesem Vorgehen zugestimmt. D.h. die Beträge, Honorare und Preisgelder wurden im Einvernehmen mit der Kammer an die neuen Auftrags- und Projektsummen angepasst.

GR. Mag. Sönser: Ansonsten gibt es keine inhaltlichen Änderungen?

Bgm. Dr. Rabl: Ansonsten sind mir keine inhaltlichen Änderungen bekannt. Herr DI. Fellinger ist im Saal anwesend und ich darf ihn ersuchen die betreffenden Änderungen kurz zu erklären.

GR. Mag. Sönser: Vorher darf ich noch Grundsätzliches sagen: Ist diese Vorgangsweise auch unter Einbeziehung der Ergebnisse des Bürgerrates usw. erfolgt? Es gab durchaus die Möglichkeit die Mobilität miteinzubeziehen und damit über die Wechselwirkung des Platzes nachzudenken. Es geht nicht nur um die Frage der Architektur am Platz, sondern um eine projektübergreifende Bearbeitung.

Wir stimmen dem Antrag natürlich zu. Nur ich hätte gerne gewusst, ob es zu dieser uns bekannten grundlegenden Fassung wesentliche Änderungen gibt. Das kann ich leider nicht nachvollziehen.

SenR. DI. Fellinger: Es gibt keine wesentlichen inhaltlichen Änderungen, sondern es war notwendig die Gespräche mit dem Gestaltungsbeirat und mit der Architektenkammer abzuwarten, da sowohl die Architektenkammer als auch der Gestaltungsbeirat Juroren nominierten. Die Namen der Juroren mussten noch angesichts der Terminsituation abgeklärt werden.

Über die ursprüngliche Summe, die im Herbst genannt wurde, und über die ursprünglichen Bedingungen gab es Vorgespräche mit der Kammer, wie hoch in etwa das Preisgeld für einen solchen Wettbewerb sein wird. Als wir den Amtsbericht fertiggestellt hatten und alles politisch abgesegnet wurde, gab es ein Endgespräch mit der Kammer, in dem diese neu reduzierten Preisgelder einvernehmlich festgelegt wurden.

GR. Mag. Sönser: Danke für diese ausgezeichnete Arbeit. Es ist nicht so einfach ein solches Projekt auf die Beine zu stellen.

Ein Punkt ist mir noch ein Anliegen: Ich bin der Auffassung, dass dieser Wettbewerb nicht ausschließlich durch die Architektur geprägt werden sollte, sondern dass eine fächerübergreifende Bearbeitung erforderlich ist und damit auch andere Schutzgüter miteinbezogen werden. Wir reden ja auch über eine mikroklimatische Einschätzung am

Platz, über Auswirkungen am Platz und vor allem über die Frage der Mobilität am Platz. Hier erwarte ich mir, dass im Zuge des Vergabeprozesses intensiv darüber nachgedacht wird auch andere Fachrichtungen miteinzubeziehen, insbesondere dann bei der Vergabe.

GR. Kroiß: Als Innenstadtbewohnerin begrüße ich die Attraktivierung des Kaiser-Josef-Platzes. Wir Stadtplatzbewohner brachten vor zwei Jahren die große Sanierung des Stadtplatzes hinter uns. Es war laut und staubig. Mittlerweile sind wir alle froh darüber, weil sich die Verweildauer am Stadtplatz durch die Wasserspiele und die Schanigärten verlängert hat. Das wäre für die Bewohner am Kaiser-Josef-Platz auch wünschenswert.

Der Kaiser-Josef-Platz ist jetzt hauptsächlich als Busdrehscheibe bekannt, die Geschäfte dort sind meiner Meinung nach nicht sehr attraktiv zugänglich. Eine Attraktivierung ist auch für die dortige Gastronomie von Vorteil. Mittlerweile hat das Hotel Ploberger für die Kinder Spielmöglichkeiten geschaffen und es wäre toll, wenn es mehrere Schanigärten geben würde. Auch die Sanierung des Greifs ist ein erster Schritt in die richtige Richtung. Ich hoffe auf positive Beschlussfassung.

StR. Hoflehner: Vor 25 Jahren wurde der Kaiser-Josef-Platz letztmalig umgestaltet nach einem sehr langen und wichtigen Prozess. Es ist nun tatsächlich an der Zeit den Kaiser-Josef-Platz neu zu gestalten. Dazu sollen sich nun in diesem Gestaltungswettbewerb die Experten äußern. Trotz sehr unterschiedlicher Ansichten der politischen Referenten konnten wir uns einigen und einen schriftlichen Konsens finden wie dieser Wettbewerb zu gestalten ist. Wie von GR. Mag. Sönsler erwähnt werden natürlich bei diesem Prozess Herausforderungen anstehen, die wir in einem anderen Verfahren vielleicht anders hätten bearbeiten können. Trotz alledem bin ich der Meinung, dass wir mutig und selbstbewusst in diesen Prozess gehen sollen, weil der Konsens inzwischen soweit ist, dass wir dort etwas machen wollen, das den Welsern im Sinne eines dritten Platzes (Stadtplatz, Ringstraße, Kaiser-Josef-Platz) zur Hebung ihres Welser Daseins beitragen soll eine Situation zu lösen, deren Kreativität wir noch nicht kennen. Bei aller Unzulänglichkeit oder Fehlerhaftigkeit ist es trotzdem sehr gut diesen Prozess zu starten.

Vzbgm. Raggl-Mühlberger: Herzlichen Dank an all jene, die bei diesem Wettbewerb, bei dieser Ausschreibung mitgearbeitet haben. Es war enorm viel Arbeit.

Es langten von allen Bereichen Expertisen ein. Ebenso wurden die Expertisen des Bürgerrates miteinbezogen in den Wettbewerb. So denke ich ist ein doch sehr breit gefächertes Konvolut entstanden, in dem sich jeder wiederfinden kann. Es sind bei dem Preisgericht auch beratende Mitglieder dabei, wo es um die Themen Sicherheit, Wirtschaft aber auch Soziales geht. Man hat wirklich versucht alles miteinzubinden, auch die Probleme, die wir haben, aufgrund des Bürgerrates, von denen wir wissen. Darum haben wir wirklich alles sehr großflächig mithineingenommen.

Der Kaiser-Josef-Platz soll natürlich als wesentlicher städtischer Freiraum in seiner Qualität und Funktionalität verbessert werden. Daher werde ich ganz kurz auf meine Bereiche eingehen:

Bereits seit 1895 schmücken den Kaiser-Josef-Platz Bäume. 25 Bäume sind derzeit bodenverwachsen dort und 10 Bäume in Trögen, d.h. also auch im Bereich der grünen Infrastruktur, die uns natürlich besonders wichtig ist, werden wir versuchen neue Dinge, neue Wege zu gehen, denn wir wissen aufgrund der Klimaerwärmung wie wichtig Grün

und Bäume sind. Am Abschluss des Kaiser-Josef-Platzes ostseitig wird das Denksteinhaus nach Norden rücken und somit ein Platz mit einem kleinen Park entstehen. Somit wird ermöglicht zusätzliche Bäume zu setzen. Ich weiß, irgendwie ist das Wort Wasserinstallationen im Gemeinderat ein „Unwort“ geworden, denn es wurde mir bei der Stadtplatzerneuerung immer vorgeworfen sie wären zu teuer. Nachdem der Kaiser-Josef-Platz sehr viel Asphaltflächen hat, brauchen wir Wasser zur Kühlung. Dafür eignen sich Wasserinstallationen hervorragend. Wir werden natürlich schauen, wo wir diese installieren können, weil ja oft die Tiefen gar nicht vorhanden sind, um sie an gewissen Stellen zu installieren.

Wie gesagt fällt in meinen Bereich hauptsächlich die grüne und blaue Infrastruktur. Es freut mich für beide verantwortlich zu sein. Genauso wie für die Zielvorgaben für Möblierung und Ausstattungskonzept. Es soll eine stimmige Form der Farbgebung geben. Wir freuen uns natürlich alle auf die Ergebnisse der Architekten.

StR. Lehner: Der Kaiser-Josef-Platz ist bei einer Betrachtung unglaublich komplex in seinen Funktionen. Er ist ein Platz mit einer sehr ausgeprägten Verkehrsfunktion. Wir haben sehr viel Dienstleistungen und Handel dort, aber auch Bewohner, die sich beim Bürgerrat eingebracht und ihre Wünsche deponiert haben. Genauso wie wir als Politik all unsere Wünsche und Zielvorgaben definiert haben. Danke an alle beteiligten Mitarbeiter.

Man hat jetzt einen Korb an Wünschen, an Zielvorstellungen. Jetzt liegt es an den Architekten, die das nicht alleine machen sondern die sich entsprechende Freiraumplaner dazu nehmen. Bei der Pressekonferenz formulierte ich es bereits, wir brauchen jetzt eine Wiki-Idee. Wiki aus der Serie „Wiki und die starken Männer“ hatte es an sich, wenn unglaublich komplexe Themen anstanden eine Lösung zu finden, die durchschlagend und revolutionär war, an die im Vorhinein niemand dachte, die aber große Probleme löste.

Ich sehe das genauso. Wir müssen mit neuen Wegen auf diesem Platz es schaffen für die dortigen Hausbewohner Lösungen zu finden. Es gibt entsprechende Projekte, wie VKB, Denksteinhaus und Zukunftshaus, die für sich schon einen großen Impuls auslösen können. Es soll uns gelingen, das zusammenzufügen und eine durchschlagende Idee zu haben, wie die Proportionen für diesen Platz verbessert werden können. Eines erleben wir alle: Steht man am Kaiser-Josef-Platz, kommt man sich verlassen vor. Man hat das Gefühl, man passt als Mensch in der Proportion nicht ideal hin. Das macht einen Platz unwirklich und unerlebbar. Es muss uns gelingen - ganz egal ob mit grüner oder blauer (Wasser) Infrastruktur oder mit baulichen Einbauten! Es braucht eine große Idee, die nicht nur architektonisch im Sinne einer reinen Bebauung ist, sondern im Sinne von Wohlfühlen und richtigen Proportionen für die Menschen. Damit muss es uns gelingen dem Platz einerseits in der Funktion eine bessere Anleitung zu geben, andererseits ihm auch einen Charakter zu geben. So wie es uns gelungen ist am Stadtplatz den mittelalterlichen Charakter wieder hervorzuheben. Damit ist er authentisch, wertvoll und österreichweit mit einer Identifikation verbunden, die uns stolz macht und wo wir jedem Gast unseren Stadtplatz zeigen können.

Genauso kann es gelingen einen Kaiser-Josef-Platz zu zeigen, der geprägt war von einer Zeit, die die wirtschaftliche Blüte im Handel in unsere Stadt brachte, aber auch in der Dienstleistung. Diese Geschichte wollen wir wieder hervorbringen als erlebbaren Platz, als in der Proportion richtigen Platz. Mit diesem gewählten Weg europaweit Architekten

zu diesem Gestaltungs- und Realisierungswettbewerb einzuladen haben wir gemeinsam den richtigen Weg gefunden. Ich bin schon sehr gespannt welche Projekte präsentiert werden. Ebenso bin ich überzeugt, dass wir in der Jury – diese besteht nicht nur aus Politikern, sondern primär aus Fachjuroren, Fachexperten und aus den besten Mitarbeitern des Magistrates – für die Menschen und Bewohner des KJ die beste Lösung finden werden.

Beim letzten Umbau (Tiefgarage) nahmen wir die Anrainer über Maßen in Anspruch. Heute noch sind Risse in den Gebäuden, es gab Schäden, aber vor allem ist das Vertrauen der Bewohner und Hauseigentümer in unsere Planungsschritte nicht sehr groß. Daher die große Einbeziehung der Bewohner, dass wir Vertrauen schaffen, dass wir den Welsern zeigen jede Möglichkeit zu nutzen, um den Platz zu verbessern. Das wollen wir mit dem heutigen Beschluss. Danke für die große Zustimmung.

GR. KR. Schönberger: Wir werden dem Antrag zustimmen, weil wir froh sind, dass überhaupt etwas in die Gänge kommt. Der Kaiser-Josef-Platz braucht eine Vision. Da kann man planerisch tun was man will. Wenn diese große Vision fehlt, dann wird man auch nicht etwas Epochales schaffen, Herr Bürgermeister.

Was ist das größte Problem des Kaiser-Josef-Platzes? Es ist die Busdrehzscheibe, der Verkehr und die Tiefgarage. Hätten sie ihre Ankündigung vor ein paar Jahren wahr gemacht die Tiefgarage zu kaufen, hätten wir viel mehr Gestaltungsfreiräume, viel mehr an Visionen. Wenn wir das dazumal umgesetzt hätten, wäre es nicht nur bei einer Ankündigung geblieben.

Eines ist schon auch schade – jetzt wo mehr oder minder das Gebäude des Herrn Hühmayr und unser Verwaltungsgebäude fertig sind, fangen wir an uns über Ideen Gedanken zu machen. Das wäre ein Stück früher vernünftiger gewesen, nicht erst nach Abwarten der Planungen des AMS und andere.

Wenn man Visionen haben will, kann man die Visionen nicht deckeln. Darum würden wir uns für den Kaiser-Josef-Platz einen großen Kontext der Visionen europaweit wünschen. Das kann man nicht mit 5 oder 6 Mio. Euro deckeln, sondern Visionen sind Visionen. Vielleicht benötigen wir dafür mehr Geld und mehr Zeit – aber es konnte dann durchaus etwas Epochales entstehen.

GR. DI. Haydinger: Diese Kritik seitens der SPÖ-Fraktion finde ich als starkes Stück. Vor ca. 30 Jahren wurde der Kaiser-Josef-Platz von der SPÖ-Fraktion in den Dornröschenschlaf geküsst.

Der Herr Bürgermeister sprach schon einige von uns realisierten Dinge an, wie die Erneuerung der Bäckergasse, der Schmidtgasse, des Stadtplatzes. Das ganze obwohl wir außerordentliche Kredittilgungen bewerkstelligt haben. In den letzten beiden Jahren bauten wir Kindergärten, mit denen wir garantieren können, dass jedes Welscher Kind einen Kindergartenplatz hat. Alles Versäumnisse der letzten 20 – 30 Jahren der SPÖ-Fraktion.

Parallel dazu erneuern wir das Stadttheater Greif, wir brachten die Polizeiinspektion auf den Kaiser-Josef-Platz. Ein Erstaufnahmezentrum wurde in Wels verhindert und im Gegenzug dazu eine Polizeischule nach Wels gebracht. Wir werden in den Kaiser-Josef-

Platz bis zu 7 Mio. Euro investieren – ohne neue Schulden aufzunehmen. Dafür meinen Dank an den Finanzreferenten und Bürgermeister Dr. Rabl.

StR. Hoflehner: Vor 25 Jahren haben sich viele Politiker bemüht einen möglichst hohen Konsens herzustellen. Jetzt zu sagen oberösterreichisch ausgedrückt „Die haben einen Scheiß gemacht, jetzt sind wir viel gescheiter.“ halte ich für äußerst unfair. Damals bemühte man sich sehr und schaffte etwas, was offensichtlich 25 Jahre später anders betrachtet wird. Diese Betrachtung hat meiner Meinung nach nicht unmittelbar mit Kindergärten oder sonstiger geschaffener oder nicht geschaffener Dinge zu tun, sondern wir möchten unseren Blick in die Zukunft richten.

Der Gemeinderat ist nicht ein Forum, in dem es immer sehr friedlich zugehen muss. Man kann schon diskutieren, aber ich bitte darum bei diesem wichtigen Thema, das über Jahre dauern wird, gut zu planen und möglichst gut und kreativ zu denken. Deswegen sollten wir die Augen in die Zukunft richten und nicht aufzählen, was vor X oder Y Jahren gemacht oder nicht gemacht wurde.

Bgm. Dr. Rabl: Wenn ich mir die Wortmeldungen anhöre, sind wir alle für das Projekt. Dieses Projekt hat wesentliche und wichtige Bedeutung für die ganze Stadt. Sowohl damals als auch heute versuchen alle beteiligten Mitarbeiter, Politiker und sonstige Personen das beste Konzept zu finden, welches nachhaltig über weitere Jahrzehnte wirken soll. Es geht um sehr viel Geld und um eine sehr hohe Nutzerqualität für alle Beteiligten. Daher halte ich nicht viel davon uns jetzt in diese Kleinigkeiten zu verlieren. Man könnte endlos ausführen – Karli, du verzeihst mir, dass ich jetzt das zweite Mal auf dich eingehe. Beim Markt sagtest du, es ist eine Katastrophe, dass wir kein Kostenlimit eingezogen haben. Das hätten wir machen sollen, weil sonst Visionen herauskommen, die wir nicht brauchen. Jetzt sagst du es ist eine Frechheit, dass wir ein Kostenlimit eingezogen haben, weil dann keine Visionen entstehen können.

Das meine ich nicht böse. Ich bin überzeugt davon du willst auch das Beste für den Kaiser-Josef-Platz. Wir versuchen doch alle im Rahmen eines Konsenses das Projekt so gut wie möglich anzugehen, deswegen suchten wir einen möglichst breiten parteipolitischen Konsens. Dass es immer wieder Kleinigkeiten gibt, die man anders behandeln oder anders angreifen hätte können, ist richtig. Deswegen brachte ich das Beispiel – beide Zugänge haben etwas für sich. Es hat etwas an sich zu sagen kein Limit, damit diese Visionen entstehen können und es hat etwas an sich zu sagen ich ziehe ein Kostenlimit ein, sonst planen die Architekten „das Blaue vom Himmel“ und es kostet viel Geld. Auch das ist ein berechtigter Einwand.

Das richtige Konzept, das richtige Projekt zu finden ist wahrscheinlich die hohe Kunst. Selbst wenn man das geschafft hat, gibt es irgendjemanden der sagt, anders wäre es besser gewesen. 25 Jahre später heißt es sowieso: „Was die damals gemacht haben war Unsinn und man hätte es gescheiter machen können.“

Als Stadt sollen wir die jetzige Situation beurteilen, weil ich gar nicht in die Zukunft blicken möchte. Denke ich nur an die nächsten 10 Jahre: Was verändert sich plötzlich, wenn wir autonomes Fahren haben, wenn die Elektromobilität der Busse tatsächlich geschafft werden kann, wie machen wir das? D.h. uns steht nur ein gewisser Zeitraum zur Verfügung, den wir überblicken können. Wir werden von technischen Neuerungen einfach überholt. Wer hätte sich vor 20 Jahren gedacht, dass es das Internet geben wird,

wo in der Industrie und in ganz vielen anderen Bereichen plötzlich Wege beschriftet werden, die wir vorher nie überlegt und mitbedacht haben, dass wir jetzt plötzlich mehr Stromleitungen brauchen, die wesentlich mehr Kapazitäten haben, dass wir höhere Datenleitungen brauchen usw. All das ist uns vor 20 Jahren noch nicht einmal eingefallen.

Man muss schon einen gewissen Weitblick haben, aber beurteilen können wir das immer nur auf den Status quo, so wie es jetzt ist. Ich gestehe allen Gemeinderäten zu, das Beste für diese Stadt zu wollen. Deswegen sollten wir uns auf das konzentrieren was es ist, nämlich ein Planungsbeschluss, in dem sehr viel Gehirnschmalz der Mitarbeiter und aller Beteiligten hineinfließt. Wir versuchen auch bei der Jury alle Fachgebiete miteinzubinden, wenn nicht mit Stimmrecht dann doch mit beratender Stimme, wie Wirtschaft, Soziales, Sicherheit, die Welser Linien, die Tiefgaragen GmbH, Mag. Söner mit seinem Fachwissen usw. Ich bin sicher wir werden eine gute Lösung finden, die alle Interessen -soweit es möglich ist - berücksichtigen wird.

GR. KR. Schönberger: Eine Klarstellung, denn offensichtlich ist meine Wortmeldung vorher nicht richtig aufgenommen worden. Es ist bei der Markthalle im Prinzip genau dasselbe wie hier. Wir lassen die Visionen nicht zu, weil mit Summen nach oben gedeckelt und beschränkt wird. Natürlich planen die Architekten und versucht jeder letzten Endes eine Vision zu erzeugen. Aber richtig wäre es all diese Ideen und Visionen am Tisch zu haben und hinterher zu entscheiden, wir haben so und so viel Geld und das können wir umsetzen. Aber sich den Visionen zu verweigern, weil man sagt man zieht von Haus aus einen Deckel ein, glaube ich ist der große Fehler den wir machen. Weil wir sehr viel gar nicht auf den Tisch bekommen, was alles mit ein bisschen mehr Budget möglich wäre. Ich würde bitten sich dieser europaweiten Ideenböse nicht zu verweigern, nur weil wir uns mehr oder minder mit ein paar Euro beschränken wollen. Es geht um einen Ideenwettbewerb, es muss wichtig sein eine Vision zu entwickeln. Für das sind wir als Politiker verantwortlich. In unserem nächsten Handeln müssen wir beschließen was wir mit welchem Budget in welchen Zeiträumen verwirklichen können - um das bitte ich.

GR. Kroiß: Das Wort „Vision“ ist jetzt sehr oft gefallen und ich kann mich noch erinnern, der Berliner Flughafen war eine Vision. Jetzt ist es ein Millionengrab und immer noch nicht offen. Dazwischen waren mehrere Wahlen. Es ergibt Sinn zu sagen, wir wollen das in gewisser Zeit schaffen. Was bringt es, wenn es in zwanzig Jahren zwar fertig aber schon wieder alt ist.

GR. Hufnagl: Ich möchte die Wortmeldung von GR. Schönberger verstärken. Mir ist beim Thema Markthalle abgegangen, dass wir uns nicht getraut haben – wie von Kollege Mag. Teubl schon erwähnt – auch nur anzudenken die Markthalle woanders hinzuverlegen.

Ich hoffe inständig bei diesem Ideenwettbewerb für den Kaiser-Josef-Platz kommt etwas Großes, etwas uns wirklich Voranbringendes heraus, das zum Aushängeschild für unsere Stadt wird und die Politik nicht einschreitet und diese Visionen wieder zusammenstutzt. Ich durfte es miterleben beim Architektenwettbewerb für den Lokalbahnhof. Hier kamen Vorschläge, aber die Politik erwiderte sofort, dass sie die Gebäudehöhen auf keinen Fall möchte, weil es bei zu hohen Bauten zu sozialen Problemen etc. kommt. Ich wünsche mir hier einen offenen Zugang, damit die Spezialisten in Ruhe arbeiten können, dann das Ergebnis angesehen und nicht gleich wieder eingeschritten wird wegen gewisser politischer Meinungen. Also, einfach ein Appell für mehr Offenheit!

StR. Lehner: Zu all den Vorrednern möchte ich anmerken, wir brauchen kreative Ideen aber in einem umsetzbaren Rahmen. Auch beim Architektenwettbewerb für den Lokalbahnhof hatten wir Ideen, die in der Wahl der Maßstäblichkeit nicht auf Wels sondern auf eine Weltstadt ausgelegt waren. Uns muss immer wieder klar sein, wir sind eine sehr erfolgreiche Stadt, aber keine Weltstadt. Beim Kaiser-Josef-Platz gibt es unglaublich komplexe, in den Ausschreibungsunterlagen vorhandene technische Voraussetzungen.

Es hilft uns nichts eine weltstädtische Vision zu entwickeln, wenn wir 40 cm unter der Oberfläche eine Tiefgarage haben, die wir unter kaum denkbaren Umständen nicht wegbekommen, weil es einen anderen Eigentümer gibt. Es gibt technische Voraussetzungen die Oberfläche und die Decke dieser Tiefgarage betreffend, daher braucht es kreative Ideen, aber ermöglicht und umsetzbar mit unseren Budgets. Es hilft eine Idee nichts, die 40 oder 50 Mio. Euro kostet, weil diese dann im Widerspruch oder im Wettbewerb zu den sozialen Themen, zu Schulen, zu anderen Bildungsthemen, zu Grünräumen etc. steht. Sonst entsteht eine Diskussion darüber, ob wir all unser Geld in den Kaiser-Josef-Platz investieren wollen.

Auch das wollen wir nicht. Daher ein ordentlicher Rahmen in der Zielsetzung, der aber Ideen und Kreativität ermöglicht, unterstützt und fördert in einer politisch vertretbaren Art. Darüber gibt es einen Konsens, den ich für wichtig halte.

Bgm. Dr. Rabl: Bei Durchsicht der mehreren hundert Seiten Ausschreibungsunterlagen ist ersichtlich, dass wir uns sehr viele Gedanken darüber machten was wir konkret wollen. GR. Schönberger, natürlich haben wir eine Vision! Bitte dazu das Positionierungspapier der Stadt Wels durchzulesen, welches wir nach einem halbjährigen Positionierungsprozesses definiert haben, in dem alles Wertvolle eingebunden wurde – von allen Parteien und Referenten unterfertigt.

Wir wissen also ganz genau was wir wollen. Nicht nur für die Stadt, sondern auch für die Innenstadt. Wir wissen ganz genau, was wir für den Kaiser-Josef-Platz wollen. Es mangelt nicht an Visionen. Wenn überhaupt mangelt es uns daran zu wenig Zeit zu haben diese Visionen alle umzusetzen.

Zur Frage warum ich nicht früher zu planen begonnen habe, z.B. als das Bildungshaus saniert wurde oder das AMS, darf ich anmerken: Wir stellten uns darauf ein und wussten es kommt zu diesen Änderungen. Wir erwarten, dass das Zukunftshaus - welches die Raiffeisenbank errichten möchte – irgendwann zur Realisierung kommt. Hier schaut es auch ganz gut aus. Ich kann auf den richtigen Moment warten und es dann machen, wenn es möglich ist. Möglich ist es mit nun vorhandenen vereinten Kräften. Jetzt beschlossen wir diese Planungsarbeiten vorzubereiten und deshalb halte ich es jetzt für richtig.

Wir bemühten uns die Tiefgarage zu kaufen. Der Preis dafür war völlig überschießend und wir versuchten einen realistischen Kaufpreis zu verhandeln. Wir werden an der wirtschaftlichen Gebarung gemessen und wenn die für die Tiefgarage gewünschten 4,4 Mio. Euro im Budget wären, würde das an der Planung des Kaiser-Josef-Platzes nichts ändern. Jeder, der glaubt wir können in den Tiefgaragendeckel ein Loch hineinschneiden und Bäume pflanzen oder die städtische blaue Infrastruktur hineinlegen,

hat sich bautechnisch schwer getäuscht. Die Tiefgarage ist mit einer Folie abgedichtet. Wir hätten massive Probleme nicht nur in der Statik bekommen, sondern auch in der Abdeckung dieser Flächen. Wir wären konfrontiert gewesen mit bauphysikalischen und statischen Problemen ohne Ende. Daher hätte der Kauf der Tiefgarage nichts an den ursächlichen Problemen geändert.

Es gibt immer wieder die Meinung es könnte der Bus- und Straßenverkehr durch die Tiefgarage geführt werden. Dafür reichen die Belüftungssysteme bei Weitem nicht aus, die Höhen und die behördlichen Genehmigungen passen nicht. Die Leute kommen auf unfassbar kluge Ideen, die sich aber bei genauerer Betrachtung nicht so darstellen, wie sie sich das gedacht hätten.

Ich glaube, wir sind auf einem guten Weg, haben sehr verantwortungsvoll gehandelt und alles berücksichtigt was nach dem Status quo jetzt nach bestem Wissen und Gewissen zu berücksichtigen ist. Deshalb ersuche ich um Zustimmung.

Der Abänderungsantrag (Anlage 6) der FPÖ-, SPÖ- und ÖVP-Gemeinderatsfraktion zu Punkt 6. der Tagesordnung wird

einstimmig angenommen.

Der Hauptantrag (Anlage 5) im Sinne des Abänderungsantrages zu Punkt 6. der Tagesordnung wird

einstimmig angenommen.

GR. Spindler verlässt die Gemeinderatsitzung um 16.30 Uhr.

GR. Schatzmann verlässt die Gemeinderatsitzung um 16.34 Uhr.

Vzbgm. Kroiß dankt für die Berichterstattung und übergibt den Vorsitz an Vzbgm. Raggl-Mühlberger.

Berichterstatter Vizebürgermeister Gerhard Kroiß

7.)

Freiwillige Feuerwehr der Stadt Wels;
Tätigkeitsbericht 2019
BZ-FW-09-2020

Der Antrag (Anlage 7) lautet nach Vorberatung im Sicherheits-, Integrations- und Sportausschuss am 13.02.2020:

1. Der beiliegende Jahresbericht 2019 über die Tätigkeit der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Wels wird zustimmend zu Kenntnis genommen.
2. Der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Wels wird für ihre Leistungen im Jahr 2019 Dank und Anerkennung ausgesprochen.

Einstimmig angenommen.

8.)

Betriebsfeuerwehr Fritsch, Wels, Maria-Theresia-Straße 41;
Tätigkeitsbericht 2019
BZ-FW-10-2020

Der Antrag (Anlage 8) lautet nach Vorberatung im Sicherheits-, Integrations- und Sportausschuss am 13.02.2020:

1. Der beiliegende Jahresbericht 2019 über die Tätigkeit der Betriebsfeuerwehr Fritsch wird zustimmend zu Kenntnis genommen.
2. Der Betriebsfeuerwehr Fritsch wird für ihre Leistungen im Jahr 2019 Dank und Anerkennung ausgesprochen.

Einstimmig angenommen.

9.)

Betriebsfeuerwehr Energie AG, Wels, Mitterhoferstraße 100;
Tätigkeitsbericht 2019
BZ-FW-11-2020

Der Antrag (Anlage 9) lautet nach Vorberatung im Sicherheits-, Integrations- und Sportausschuss am 13.02.2020:

1. Der beiliegende Jahresbericht 2019 über die Tätigkeit der Betriebsfeuerwehr Energie AG wird zustimmend zu Kenntnis genommen.
2. Der Betriebsfeuerwehr Energie AG wird für ihre Leistungen im Jahr 2019 Dank und Anerkennung ausgesprochen.

GR. Hacker: Im Namen der ÖVP-Fraktion darf ich der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt, der Betriebsfeuerwehr Fritsch und der Betriebsfeuerwehr Energie AG ein herzliches Danke und unsere große Anerkennung aussprechen. Wie wir dem Tätigkeitsbericht der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Wels entnehmen können, hatte diese im Jahr 2019 2207 Einsätze, zahlreiche Brandbekämpfungen, technische Hilfestellungen und vieles mehr. Das zeigt welches hohe Leistungspotenzial die FFW aufweist. Sie zeichnet sich durch ihren Einsatz, ihre Qualität, Effizienz und Raschheit aus. Sachschäden werden

weitgehend minimiert und den Welsern wird das Gefühl der Sicherheit im täglichen Leben gegeben.

Ich bitte die anwesenden Vertreter der FFW ihren Feuerwehrfrauen und -männern ein ganz großes Dankeschön und alles Gute für die Zukunft auszurichten.

GR. Kittenbaumer: Es ist mir eine große Freude und Ehre wieder die Dankesworte an die Freiwillige Feuerwehr Wels, die Betriebsfeuerwehr Fritsch und die Betriebsfeuerwehr Energie AG richten zu dürfen. Im Jahre 2019 sind wieder alle Feuerwehrfrauen und Feuerwehrmänner mit sehr viel ehrenamtlichen Engagement, Fleiß und Mut zu den Einsätzen geeilt. Bei der FFW waren das im Berichtszeitraum 2019 2207 Einsätze, bei der Betriebsfeuerwehr Fritsch 60 Einsätze und bei der Betriebsfeuerwehr Energie AG 247 Alarmmeldungen.

Meinen allerhöchsten Respekt möchte ich an alle Kameraden aussprechen, die hier selbstlosen Einsatz und viel Engagement zeigen und zu den Einsatzorten eilen, um den Welsern zu helfen. Die Feuerwehren bekämpfen nicht nur Brände jeglicher Größenordnung, sondern leisten auch sehr viele technische Einsätze und hervorragende Hilfsdienste bei Katastrophen (Stürmen, Überflutungen etc.).

Bei den 157 echten Brandfällen ist die Zahl Gott sei Dank im Vergleich zu 2018 leicht rückläufig. Rund ein Drittel dieser Einsätze konnte bereits vor Eintreffen der Feuerwehr selbst gelöscht werden. Hier muss ich der Feuerwehr Wels ein Lob aussprechen für ihre professionelle Präventionsarbeit durch ihre hervorragenden Brandschutzschulungen. Diese Schulungen werden seit mittlerweile 38 Jahren hervorragend durchgeführt.

Auch mir ist diese Bildungsoffensive „Gemeinsam.Sicher.Feuerwehr“ ein echtes Anliegen. Hier wird der Jugend gezeigt und ihr gelehrt, wie wichtig der Brandschutz, Katastrophenschutz, Selbstschutz und Zivilschutz ist. Das zeigt mir wiederum, wie wichtig dem Landesfeuerwehrkommando und dem Kommandostab der Stadt Wels die Jugendarbeit wirklich ist.

Als Perner möchte ich die Perner Feuerwache erwähnen, für die im heurigen Budget bereits die „Feuerwache neu“ im ZBG veranschlagt ist. Auch die SPÖ-Fraktion begrüßt eine moderne Feuerwache mit aktualisierter Ausrüstung für die Kameraden vor Ort. Die Betriebsfeuerwehr Fritsch und die Betriebsfeuerwehr Energie AG haben im Berichtszeitraum 2019 natürlich auch hervorragende Leistungen für die Welsler erbracht – Danke!

Ich ersuche den stellvertretenden Feuerwehrkommandanten unsere Dankesworte an alle Feuerwehrmänner und Feuerwehrfrauen weiterzugeben. Jeder einzelne Einsatz wird von uns sehr wertgeschätzt. Ihr leistet für die Stadt Wels hervorragende Arbeit – bitte auch in Zukunft weiter so! Die SPÖ-Fraktion dankt der Freiwilligen Feuerwehr Wels, der Betriebsfeuerwehr Fritsch und der Betriebsfeuerwehr Energie AG für ihre hervorragenden Leistungen. Ein herzliches Glückauf und ein Dankeschön!

GR. Marehard: Auch die Welsler Freiheitlichen schließen sich den Wünschen an die drei Feuerwehren in Wels an.

GR. Hufnagl: Liebe Feuerwehrfrauen und Feuerwehrmänner! Ein herzliches Dankeschön auch von Seiten der NEOS für euren Einsatz. 42.000 Mann-Stunden, 6 Einsätze pro Tag. Gott sei Dank gibt es nur alle zweieinhalb bis drei Tage einen Kleinbrand - noch weniger Großbrände. Positiv ist, dass sich kein Feuerwehrmann dabei wesentlich verletzte. Das hängt sicher mit der sehr guten Ausbildung zusammen. Ich kann nur wünschen, dass das im laufenden Jahr auch so weiter geht.

Unser Dank gilt der FFW und den beiden Betriebsfeuerwehren. Bei der Betriebsfeuerwehr Energie AG gab es eine massive Steigerung der Einsätze, das heißt es war ein herausforderndes Jahr. Es gibt einen massiven Handlungsbedarf, weil immer wieder Batterien, Gasflaschen etc. angeliefert werden. Ich hoffe, es wurden hier schon Maßnahmen zur Verhinderung gesetzt bzw. mehr Aufklärung betrieben, damit nicht wirklich etwas Schlimmeres passiert. Danke auch von unserer Seite!

GR. Mag. Söner: Wir schließen uns diesem Dank an. Wir möchten noch einmal deutlich machen, dass auch im Präventiven (im Sinne von Katastropheneinsätzen) ein enormes Potenzial vorhanden ist und wir im Ausschuss vor allem daran interessiert sind immer wieder in Kontakt zu sein, um hier stückweise eine Funktion zu haben. Ich verstehe präventiven Katastrophenschutz so, dass Gemeinderäte, die in solchen Ausschüssen vertreten sind, auch zwischen den Zeiten miteinander in Kontakt sind und insbesondere bei Alarmierungsfragestellungen ein Stück weit eingebunden sind. Ich gehe davon aus der Ausschuss hat sich mit solchen Fragen intensiver zu beschäftigen.

Ich freue mich schon auf die nächsten Termine, bei denen wir das diskutieren. Vor allem diese Alarmierungsfragestellungen sind hochinteressant und bedeuten mehr als in einem Tätigkeitsbericht einmal im Jahr darauf hinzuweisen.

Vzbgm. Kroiß: Von meiner Seite auch noch einmal ein herzliches Dankeschön an die Feuerwehren. Bedanke mich bei den Fraktionen für die zustimmenden Worte und ersuche um Kenntnisnahme bzw. Zustimmung.

Der Antrag zu Punkt 9. der Tagesordnung wird

einstimmig angenommen.

Vzbgm. Raggl-Mühlberger dankt für die Berichterstattung.

Berichterstatte rin Vizebürgermeisterin Silvia Huber

10.)

Umsetzung der Verpackungsverordnung;
Vereinbarung über kommunale Leistungen im Rahmen der
haushaltsnahen Verpackungssammlung für die Sammelkategorie
Glas; Neuabschluss mit der INTERSEROH Austria GmbH
SD-Awi-852-2020

Der Antrag (Anlage 10) lautet nach Vorberatung im Umwelt-, Frauen- und Gesundheitsausschuss am 24.02.2020, der Gemeinderat der Stadt Wels möge die Vereinbarung über kommunale Leistungen im Rahmen der haushaltsnahen Verpackungssammlung für die Sammelkategorie Glas mit der INTERSEROH Austria GmbH, 1030 Wien, Ungargasse 33, beschließen.

Einstimmig angenommen.

Vzbgm. Raggl-Mühlberger dankt für die Berichterstattung.

Berichterstatter Stadtrat Klaus Hoflehner

11.)

Straßenbauprogramm für das Jahr 2020;
Grundsatzbeschluss nach der Bauvorhaben-
Übertragungsverordnung 2019
BauD-BauS-21-2020

Der Antrag (Anlage 11) lautet nach Vorberatung im Verkehrsausschuss am 11.02.2020, der Gemeinderat der Stadt Wels möge das in der Anlage beigefügte Straßenbauprogramm der Stadt Wels für das Jahr 2020 mit veranschlagten Gesamtkosten von € 4,384.500,00 grundsätzlich beschließen.

GR. Schiefermayr: Wie alle Jahre wieder beschließen wir auch heuer unser Straßenbau- und -sanierungsprogramm. Unser Dank gilt der Fachabteilung für die Planung sowie den Mitarbeitern für die Realisierung bei jedem Wetter vor Ort.

Bei genauer Betrachtung fällt auf, dass sich manche Projekte nicht zum ersten Mal im Straßenbauprogramm befinden und es wäre wünschenswert diese heuer noch fertigzustellen. Aus unserer Sicht wäre es erstrebenswert das Straßenbauprogramm 2021 schon heuer zu beschließen. Das Doppelbudget steht, somit steht dem Ganzen nichts im Wege.

GR. Weidinger: Ich habe mich beim Verkehrsausschuss der Stimme wegen dem von dir schon angesprochenem Thema der Schulwegsicherung enthalten. Das Ganze war mir zu schwammig. Mir wurde die Frage der diesbezüglichen budgetären Bedeckung nicht beantwortet. Jetzt höre ich, dass das Projekt vorangetrieben wird. Es soll nicht umsonst gewesen sein, dass die ÖVP-Fraktion eine Begehung oder Besichtigung der Schulwege forderte. Das wurde gemacht, ich war dabei und es wurden einige Punkte aufgeschrieben, bis dato jedoch nichts umgesetzt bzw. habe ich nicht erfahren wie viel Geld dafür budgetiert werden darf oder soll. Deshalb enthielt ich mich der Stimme.

Die ÖVP-Fraktion legt den Fokus auf die Schulwegsicherung. Es wird immer wieder in den Raum gestellt und es gibt Wortmeldungen, z.B. von Kollegin Mag. Schindler, dass im Straßenbauprogramm manches vergessen wird. In diesem sind genau drei Sätze zur Verkehrssicherheit bzw. für die Schulwegmaßnahmen vorhanden - das war uns ein bisschen zu wenig. Danke Klaus, du hast das allerdings nachgeholt. Wir warten jetzt auf die Umsetzung.

GR. Mag. Teubl: Von Seiten der GRÜNEN wird es für dieses Straßenbauprogramm keine Zustimmung geben. Ich möchte das kurz begründen: Wir haben es hier mit einem Programm in der Größenordnung von 4,38 Mio. Euro zu tun. Davon sind 3 Mio. Euro für den Neubau von Straßen vorgesehen. Wie viel für den Radverkehr vorgesehen ist, lässt sich aus dem Straßenbauprogramm so nicht entnehmen. Im Amtsbericht sind zwei Projekte angeführt, im Straßenbauprogramm selbst fünf, in der Presseaussendung drei und lt. Auskunft von Stadtrat Hoflehner sind 134.000 Euro im heurigen Jahr für Radwegprojekte vorgesehen.

Wenn man diese 134.000 Euro für den Radverkehr den 3 Mio. Euro für neu gebaute Straßen gegenüberstellt, dann ist das aus unserer Sicht ein nicht tragbares Missverhältnis. Wir sprechen ständig darüber, dass wir den motorisierten Individualverkehr zurückdrängen und umweltfreundliche Verkehrsformen fördern wollen, jedoch werden dann Jahr für Jahr ein paar Meter Radweg gebaut. Das sind außerdem meistens kombinierte Geh- und Radwege. StR. Hoflehner führte gerade aus, 41 km Radwege auf den Gehsteigen (wenn ich es jetzt so ausdrücken will) stehen 4,2 km echte Radwege gegenüber. Die Radfahrinfrastruktur in unserer Stadt ist mehr als dürftig.

Wenn wir den Mobilitätsmix in unserer Stadt in Richtung umweltfreundliche Verkehrsformen verlagern wollen, dann braucht es hier eine Kraftanstrengung und der Anteil der Ausgaben muss wesentlich höher sein. Das vermischen wir hier, daher gibt es keine Zustimmung.

GR. Mag. Humer: Es gibt diesen schönen Spruch „Alle haben schon alles gesagt, nur nicht ich“. Jetzt könnte ich alles sagen oder nichts, aber ich sage es jedes Jahr für das Protokoll, dass wir hier eine bestimmte Summe X beschließen. Allerdings sind diejenigen, die das umsetzen, unsere fleißigen Fachbeamten und Arbeiter aus der Straßenmeisterei.

Die Straßen sind dank dem immer wärmeren Klima etwas besser geworden. Früher war aufgrund des Wechsels von extremer Kälte und dem Bauwetter immer das Thema Feinbeläge sehr kostenintensiv. Vielleicht können wir in Zukunft damit etwas Geld sparen. Vielen Dank.

GR. MMag. Rumersdorfer: Inhaltlich wurde schon alles gesagt. Ich hätte allerdings eine Anmerkung: Sehr wertschätzend würde ich es finden, wenn die Pressekonferenzen nicht vor den Beschlüssen des Gemeinderates stattfinden würden, weil es Parteien in diesem Gemeinderat gibt, die nicht der Koalition angehören. Gestern war schon die Pressekonferenz betreffend Kaiser-Josef-Platz, heute die Pressekonferenz zum Straßenbauprogramm. Ich weiß, es gibt Deadlines für die Zeitungen usw. Aber ich würde es sehr wertschätzend finden auf den Beschluss des Gemeinderates zu warten.

StR. Hoflehner: Ich danke für die vielen Argumente und möchte auf pro und contra eingehen:

Ronny, du hast Recht, es sind Projekte offen und es wäre schön, wenn wir diese abarbeiten könnten. Das größte offene Projekt mit über 900.000 Euro sind die Begleitmaßnahmen zum Wirtschaftspark. Dort ist es nicht so, dass wir nicht arbeiten oder aus irgendwelchen Gründen sparen möchten, sondern weil es dort peu à peu geht. Begonnen haben wir mit dem annähernd Dreifachen und inzwischen haben wir Partner wie die ASFINAG, das Land Oberösterreich und die Gemeinde Gunskirchen. Wir versuchen das klarerweise abzuarbeiten.

Manch andere Dinge, wie Wimpassinger Straße und die Neinergutstraße, sind auch bekannt. Dort gab es sehr lange und intensive Verhandlungen mit den Anrainern. Die Mittel wurden beschlossen, die Dinge aber noch nicht umgesetzt. Es wird aber heuer der Fall sein.

Deine zweite Anregung finde ich sehr sinnvoll. Im Rahmen des Doppelbudgets geht es so weit und ich halte es für vernünftig – und laut Herrn Baudirektor auch planerisch für vernünftig – diese Planungen schon ein halbes Jahr vor dem Jahresende nach Möglichkeit durchzuführen, um es besser timen zu können. Dann kommt noch die eww ag dazu, die sich bemüht in die Erde zu graben oder überhaupt neue Leitungen zu erstellen oder alte auszuwechseln. Aber grundsätzlich sind das beides sehr gute Vorschläge.

Lieber Andreas, zur Schulwegsicherung gibt es zu dieser Begehung einen Plan darüber, was an den einzelnen Standorten gemacht werden soll. Es ist manches schon getan worden, vor allem das, was aus meiner Sicht unbedingt gemacht werden musste. Wir sind dort noch nicht am Ende. Gott sei Dank sind die meisten zu treffenden bautechnischen Maßnahmen nicht so umfangreich und können somit aus dem laufenden Budget finanziert werden.

Es ist unbestritten in unserem gemeinsamen Interesse die verkehrs-, bautechnischen und persönlichen Maßnahmen - wie die Schülerlotsengeschichten - so zu regeln, dass sie gut sind. Danke für den Einwurf.

Kollege Mag. Teubl, ich habe zuerst versucht zu sagen: Straßen sind nicht nur Fahrbahnen. Wenn wir Straßen neu bauen, bauen wir nicht nur Straßen neu, sondern auch Gehsteige und andere Anlagen neu.

Warum werden unterschiedliche Zahlen genannt? Ich habe versprochen dir und dem Ausschuss das schriftlich zukommen zu lassen. Es hat unter anderem den Hintergrund, dass wir in manchen Fragen noch diskutieren. Es gibt den Auftrag von mir – der im Straßenbauprogramm nicht angeführt ist – mit dem Jahresplan der Bodenmarkierungen so lange zuzuwarten bis klar ist, welche Bodenmarkierungen wir im Bereich der Radwege und der Radanlagen durchführen wollen. Das sollte noch im März passieren und dann können wir verschiedene Dinge genauer besprechen. Noch einmal möchte ich betonen, dass Straßen nicht nur Fahrbahnen sind.

Zu den vorher abgehaltenen Pressekonferenzen kann ich nur versprechen auf den Herrn Bürgermeister einzuwirken, der ja „Schirmherr“ dieser Pressekonferenzen ist. Ob mir das gelingt, weiß ich nicht! Bitte um Beschlussfassung.

Der Antrag zu Punkt 11. der Tagesordnung wird mit

gegen 28 Ja-Stimmen (FPÖ-, SPÖ- + ÖVP-Fraktion, NEOS)
2 Stimmenthaltungen (GRÜNE-Fraktion)
angenommen.

GR. Spindler und GR. Schatzmann haben die Sitzung bereits verlassen. GR. Taitl und GR. Mag. Sönser waren bei der Abstimmung nicht im Sitzungssaal anwesend.

Vzbgm. Raggl-Mühlberger dankt für die Berichterstattung.

Berichterstatter Stadtrat Peter Lehner

12.)

Öffentliche Beleuchtung; Austauschprogramm von Holzlichtmasten 1. Teil; Auftragsvergabe an die Firma eww Anlagentechnik GmbH
BauD-BauS-99-2020

Der Antrag (Anlage 12) lautet nach Vorberatung im Wirtschafts-, Stadtentwicklungs- und Bauausschuss am 27.02.2020:

1. Beiliegendes Auftragsschreiben an die Firma eww Anlagentechnik GmbH, Wels, Knorrstraße 6, betreffend Austausch von Holzlichtmasten mit einer Brutto-Auftragssumme von € 324.356,96 wird beschlossen.
2. Die mittelbewirtschaftende Dienststelle wird ermächtigt nach Maßgabe des gegenständlichen Auftragsschreibens die Auftragssumme zur Bedeckung unvorhergesehener Mehrleistungen, die anlässlich der Vertragsabwicklung erforderlich werden, im Bedarfsfall um bis zu 5 % zu überschreiten.

GR. Paulusberger: Ich darf ein paar Fakten des Referenten wiederholen und einen wichtigen Punkt ansprechen. Die Modernisierung der Lichtmasten in Wels wird mit diesem Beschluss weitergeführt. Von den rund 9.100 Lichtpunkten in Wels sind ca. 570 alte Holzmasten noch im Einsatz. Diese werden Stück für Stück nach einer Standsicherheitsprüfung auf neue moderne Stahlmasten umgerüstet. Eine Prüfung ergab einen dringenden Austausch von 85 Masten. Die Umsetzung wird das kompetente Welser Unternehmen, die eww Anlagentechnik GmbH – eine Tochter der eww ag - umsetzen. Die Kosten belaufen sich auf 325.000 Euro Steuergeld der Welser, das sinnvoll eingesetzt wird.

Licht ermöglicht nicht nur, dass wir im Dunkeln sehen, sondern es erhöht auch das Sicherheitsgefühl, wenn wir am Abend durch die Stadt laufen oder nach einer rauschenden Partynacht alleine nach Hause gehen. Ich appelliere an die Welser Bevölkerung, wenn sie eine defekte Straßenlaterne wahrnehmen, so melden sie diese unverzüglich beim Magistrat oder in der eww Kundenzentrale, damit der Schaden schnell behoben werden kann und die Sicherheit für alle Welser gewährleistet ist.

GR. Hufnagl: Ich möchte gratulieren zu 100 Jahre Vertrag mit der Stadt Wels. Wir schlossen im Jahr 1920 einen Vertrag mit dem E-Werk ab und sind seitdem daran gebunden. Kollege Paulusberger sagte, der Auftrag wird an die eww ag vergeben. Dieser wird vergeben, weil es in einem Vertrag steht, der 100 Jahre alt ist. Viele werden sagen, dass das okay ist, weil die Stadt Wels an der eww ag beteiligt ist und die Wertschöpfung in Wels bleibt, aber es geht um Steuergeld.

Ich bin mir bei solchen Dingen nicht so sicher, ob das Steuergeld hier auch sparend angelegt wurde. Natürlich gab es eine Prüfung auf Preisangemessenheit. Wie funktioniert so eine Prüfung, wenn die anderen Bewerber wissen, dass der Auftrag dann sowieso an die eww ag vergeben wird. Ich bezweifle nicht, dass die eww ag wirklich das günstigste Unternehmen ist, aber es bleibt immer so ein fader, ungueter Nebengeschmack. Man kann sich nicht zu 100 % sicher sein, dass es wirklich das günstigste Angebot ist, welches hier den Zuschlag bekommen hat und werde mich daher heute der Stimme enthalten.

GR. Weidinger: Kollege Hufnagl, das ist eine typische Zick-Zack-Linie. Am Kaiser-Josef-Platz haben wir uns mit GR. Schönberger eingeschworen auf Visionen und Millionen sind egal und hier geht es plötzlich doch wieder um Steuergelder. Beim KJ geht es nicht um Steuergelder, ich kenne mich nicht mehr aus, aber das ist typisch NEOS!

StR. Lehner: Lieber Markus Hufnagl, du unterschätzt die Tüchtigkeit unserer Mitarbeiter. Es wurden hier natürlich entsprechende Offerte eingeholt und es wurde darauf geachtet, ob die Preise, die wir als Stadt Wels bezahlen, so sind, dass wir das auch unseren Steuerzahlern gegenüber rechtfertigen können. Ich kann dich beruhigen, die eww Anlagentechnik GmbH ist das günstigste Unternehmen. Es wurde entsprechend mit der eww ag verhandelt, um dieses Preisgefüge herzustellen. Wir sind intensiv darauf bedacht mit dem Steuergeld sehr sparsam umzugehen und sind aber auch froh mit der eww ag einen sehr guten Partner zu haben. Dieser ermöglicht uns seit Jahrzehnten – du sagst seit 100 Jahren – eine bestmögliche Straßenbeleuchtung in unserer Stadt.

Der Antrag zu Punkt 12. der Tagesordnung wird mit

	<u>29 Ja-Stimmen</u> (FPÖ-, SPÖ-, ÖVP- + GRÜNE-Fraktion)
gegen	<u>1 Stimmenthaltung</u> (NEOS)

angenommen.

GR. Spindler und GR. Schatzmann haben die Sitzung bereits verlassen. Vzbgm. Huber und GR. Mag. Humer waren bei der Abstimmung nicht im Sitzungssaal anwesend.

Vzbgm. Raggl-Mühlberger dankt für die Berichterstattung.

13.)

Initiativantrag der SPÖ-Gemeinderatsfraktion betreffend
Gesetzesvorlage Verbot des Aufstellens und des Betriebes
von Glückspielautomaten; Resolution
Verf-015-I-5-2020

GR. Ganzert: Vor 20 Minuten war Dienstschluss. Leider hat ein Teil der Besucher des Dienstausbildungslehrganges bereits die Sitzung verlassen, aber ich hoffe die noch Anwesenden sehen, es ändert sich jetzt etwas in dieser Gemeinderatsitzung. Bis jetzt arbeiteten wir die Anträge der einzelnen Referenten ab. Jetzt kommen wir zu den einzelnen Initiativanträgen der Fraktionen.

Es geht heute wieder einmal um das Thema legales und illegales Glücksspiel. Der SPÖ-Fraktion ist dieses Thema seit vielen Jahren ein Anliegen. Es gab dazu bereits im Jahr 2017 von uns einen Antrag, der dann in den Ausschuss verwiesen wurde. Außerdem hielten wir in der letzten Gemeinderatssitzung dazu eine Aktuelle Stunde ab. Es gab dazu sehr viele positive Rückmeldungen und es wurde sehr heftig darüber diskutiert. Tatsächliche Handlungen sind aber dem Gemeinderat in dieser Zeit noch nicht gelungen.

Wir alle lesen fast täglich in den Medien über dieses Thema. Ich rede hier vor allem von der Örtlichkeit am Flotzingerplatz in der Neustadt rund um die soziale Ausspeisung „Essen und Leben“. Es ist ein perfider Affront, wenn man sieht, wie hier mit den Schutzbedürftigen umgegangen wird.

Es gibt Bundesländer wie Wien, Salzburg, Tirol und Vorarlberg, die bereits gehandelt haben und das sogenannte kleine Glücksspiel auf landesgesetzlicher Ebene verboten haben. In den anderen Bundesländern - wie auch in Oberösterreich - ist das kleine Glücksspiel nach wie vor erlaubt. Leider lässt sich das illegale Glücksspiel nicht durch ein Verbot des legalen Glücksspiels verbieten. Es liegt in der Natur der Sache, eine illegale Aktivität ist deshalb illegal, weil es per Gesetz verboten ist.

Es geht uns in diesem Fall um den Schutz der Betroffenen, um den Schutz von Anrainern, um den Schutz von allen, die hier in eine Sucht verfallen, z.B. kontrolliert und unkontrolliert in einen Spielzwang fallen. Deshalb ist es uns wichtig, dass der Gemeinderat heute mit einer gemeinsamen Stimme spricht und folgende Resolution an das Land Oberösterreich beschließen möge: „Die OÖ. Landesregierung wird aufgefordert eine Gesetzesvorlage auszuarbeiten, die dieses Aufstellen und den Betrieb von Glückspielautomaten, welche in die Gesetzgebungskompetenz des Landes fallen, verbietet.“ Ich möchte noch einmal aufrufen für einen gemeinsamen Schulterschuss aller hier im Gemeinderat vertretenen Fraktionen an das Land Oberösterreich und auch an die Bundesregierung sowie an den Nationalrat. Versuchen wir auf allen möglichen Ebenen uns gegen diese Auswüchse einzusetzen. Natürlich gehört die Polizei mit den notwendigen rechtlichen und personellen Kompetenzen ausgestattet. Führen wir auch beim legalen Glücksspiel das Ganze auf ein erträgliches Maß.

Wir werden bei diesem Thema stark dranbleiben und in naher Zukunft die Bevölkerung einladen uns zu unterstützen und gemeinsam mit uns diesen Weg zu gehen. Ich lade sie heute ein mit der SPÖ-Fraktion mitzugehen diese Resolution an das Land Oberösterreich zu richten, um dort endlich etwas zu bewegen, um endlich ein Ende für diesen vielen Schicksale zu schaffen, die durch das legale kleine Glücksspiel in Oberösterreich möglich sind.

Vzbgm. Kroiß: Ich möchte mich bei der Polizei und der Finanzpolizei bedanken. Sie führten gerade im abgelaufenen Jahr einen starken Kampf gegen die illegal aufgestellten Glückspielautomaten und waren dabei höchst erfolgreich. In Oberösterreich wurden die meisten Automaten beschlagnahmt.

Wir sollten bevor wir diese Resolution beschließen uns noch einmal in Erinnerung rufen, was die Stadt Wels alles gemacht hat, welche Schreiben gibt es mit dem Land Oberösterreich bzw. was wurde schon alles versucht. Deshalb stelle ich den Antrag zur Geschäftsordnung diesen Initiativantrag dem zuständigen Ausschuss zur Beratung und Diskussion zuzuweisen.

Der Antrag zur Geschäftsordnung von Vzbgm. Kroiß auf Zuweisung des Initiativantrages (Anlage 13) in den zuständigen Ausschuss zur Beratung und Diskussion wird mit

gegen 22 Ja-Stimmen (FPÖ-, ÖVP- + GRÜNE-Fraktion)
9-Nein-Stimmen (SPÖ-Fraktion, NEOS)

angenommen.

GR. Spindler und GR. Schatzmann haben die Sitzung bereits verlassen. GR. Mag. Humer war bei der Abstimmung nicht im Sitzungssaal anwesend.

14.)

Initiativantrag der SPÖ-Gemeinderatsfraktion betreffend
finanzielle Mittel für Jugend-Streetwork
Verf-015-I-6-2020

GR. Ganzert: Eigentlich wäre meine Kollegin Laurin Scheinecker als Berichterstatterin für diesen Tagesordnungspunkt vorgesehen gewesen. Diese muss krankheitsbedingt ihren Betreuungspflichten nachkommen. Solltest du, liebe Laurin, uns zusehen, so hoffe ich du findest deinen von mir vorgetragenen Punkt als ordentlich erledigt.

Es geht hier um das Thema Jugendstreetwork. Vor einigen Jahren hatten wir starke Einschnitte beim Streetwork in der Stadt Wels. Es wurde damals damit begründet, dass das Land Oberösterreich, welches einen maßgeblichen Teil mitfinanziert, Zahlungen eingestellt oder zurückgenommen hat und deshalb musste die Stadt Wels handeln und Personaleinheiten kürzen. Sehr eindrucksvoll wurde das bei den Sozialstammtischen präsentiert. Hier haben sich einige Welser Sozialbetriebe und Vereine vorgestellt und

auch das Streetwork der Stadt Wels berichtete über den ehemaligen personellen Stand und über die aktuelle Lage.

Es müssen hier das Drogenstreetwork und das Jugendstreetwork in der Diskussion unterschieden werden. Beim Jugendstreetwork geht es sehr stark um die Präventionsarbeit. Das betrifft diesen Tagesordnungspunkt, sei es um Jugendliche zu unterstützen, aufzufinden und in unsere Gesellschaft einzugliedern, wenn sie es gerade ein bisschen schwer haben und um mögliche Folgen einer Drogensucht oder Glückspielsucht dadurch zu verhindern.

Im Drogenstreetwork geht es darum bereits bestehenden Problemen entgegenzuwirken und entsprechend zu bekämpfen. Aus den Aufzeichnungen von GR. Scheinecker lese ich heraus, dass seit 2018 das Land Oberösterreich unter dem Titel des Chancengleichheitsgesetzes das Drogenstreetwork stark mitfinanziert und dass bei der Stadt Wels mittlerweile in diesem Bereich Geldmittel eingespart werden konnten. Im Gegenzug hat die Stadt Wels aber Personalmittel reduziert, weshalb wir heute weniger Streetworker haben. Das heißt, es gibt nur mehr das Drogenstreetwork und kein Streetwork zum Aufsuchen der einzelnen Stadtteile.

In der Vergangenheit gab es dazu positive Beispiele, wie das Quartier in der Gartenstadt mit eigenem Stützpunkt, in dem sehr viel versucht wurde. Jetzt wird überall zurückgefahren - das thematisieren wir schon einige Jahre auch bei den Budgets. Das ist nichts Neues und auch die Referentin wird sich auf dieses Thema vorbereitet haben, wenn sie sich denn zu Wort meldet. Es wird immer argumentiert, die Schuld liege beim Land bzw. wir sollten mit Frau Soziallandesrätin Gerstorfer sprechen, es gehört gelöst und dann können wir das machen. Nur weil kein Geld kommt, können wir das ganz einfach nicht machen. Ich möchte an erster Stelle sagen, dass das Land eine Mehrheit hat und diese ist (wie auch im Welser Gemeinderat) von der ÖVP- und der FPÖ-Fraktion dominiert. Das sind Mehrheiten, die das Budget erstellen, die Kürzungen im Sozialbereich vornehmen. Diese Kürzungen werden weitergeben an die einzelnen Städte. Es wird dann immer wieder argumentiert, dass das in Linz so finanziert, in Wels so finanziert wird und das ist eine Ungleichbehandlung. Das ist alles verkürzt dargestellt. Man müsste sich in Wahrheit ansehen, wo das Land überall mitfinanziert. Man kann hier nicht Streetwork-Ausgaben von Linz mit Wels eins zu eins vergleichen, sondern man müsste sich ansehen, wo im Sozialbereich die Not ist und wo wird entsprechend mitfinanziert.

Es ist daher unser Apell laut Antrag: „Der Gemeinderat möge beschließen die Mittel für Jugendstreetwork wieder aufzustocken, um auch in den Stadtteilen wieder dezentralen Streetwork anbieten zu können.“ Es wird uns immer gesagt es fehlen die Mittel vom Land, deswegen tun wir uns hier sehr schwer. Wir müssten erkennen was unsere Stadt braucht und welche Herausforderungen in unserer Stadt sind.

Es könnte auch diskutiert werden, dass das Land Oberösterreich keinen Cent für die Ordnungswache bezahlt und wer weiß wie viel Euro wir zu den heutigen Beschlüssen betreffend Markt, KJ etc. beigesteuert bekommen. Trotzdem machen wir sie, weil wir sie für wichtig erachten und wir damit etwas in unserer Stadt ändern. Ich möchte, dass wir nicht nur die Gebäude und Plätze ändern, sondern auch in unserer Gesellschaft eine Veränderung bewirken oder zumindest verhindern können, dass Jugendliche auf die

schiefe Bahn geraten und nicht die notwendige Betreuung bekommen, die sie erhalten könnten.

Deshalb rufe ich auf, dass auch wir als Stadt Wels diesen Mangel erkennen und das nötige Geld in die Hand nehmen, um hier das Jugendstreetwork wieder aufzubauen. Ich biete gerne an in Kontakt mit der Soziallandesrätin zu treten, um gemeinsam an einer Finanzierung zu arbeiten. Es kann aber nicht sein, dass sich die Stadt Wels abputzt und sagt, das Land solle es finanzieren und dann wird es gemacht, sondern es kann nur gemeinsam gehen. Dafür braucht es Gespräche und ich hoffe - nachdem wir es nach der Kürzung schon so oft gefordert haben -, dass es uns mit diesem Antrag gelingen wird etwas für Streetwork in den Stadtteilen zu erreichen.

Vzbgm. Raggl-Mühlberger übergibt den Vorsitz an Bgm. Dr. Rabl.

Vzbgm. Raggl-Mühlberger: Lieber Stefan, ich möchte mit ein paar Unwahrheiten aufräumen, denn du weißt genau, dass über eine Förderung im Landtag nicht abgestimmt werden muss und die Kürzung rein von Frau Landesrätin Gerstorfer kommt. Bitte bleiben wir bei der Wahrheit!

Zwischenruf GR. Ganzert: Das Budget muss im Landtag beschlossen werden.

Vzbgm. Raggl- Mühlberger: Ansonsten frage ich mich, warum bei der Förderung für das Streetwork in Linz nicht ein Cent gestrichen wurde.

Zwischenruf GR. Ganzert: Ich habe erklärt, dass man das nicht vergleichen kann.

Vzbgm. Raggl-Mühlberger: Bitte bleiben wir jetzt bei der Wahrheit!

Bgm. Dr. Rabl: Die Frau Referentin ist am Wort! Es besteht dann die Möglichkeit des Berichterstatters dazu Stellung zu nehmen.

Vzbgm. Raggl-Mühlberger: Noch einmal: Die Zuständigkeit ist bei der Referentin, sie kann die Förderung so verteilen, wie sie das möchte. Dass es keine Gespräche mit dem Land gegeben hat möchte ich dementieren, denn ich war mit zwei Mitarbeitern beim Land und habe Gespräche geführt und wollte aufzeigen wie wichtig uns die Streetworker sind.

Ich suchte mir ein paar Zahlen heraus, denn ich glaube nicht, dass Wels im Bereich der Jugendlichen schlechter ist als Linz. Das Land fördert alle Jugendlichen in Linz doppelt so hoch wie die in Wels. Die Stadt Wels fördert Jugendliche um einiges mehr als die Stadt Linz. Außerdem hat die Stadt Linz 16 Bezirke und in fünf wird Streetwork angeboten. Dass unsere Streetworker nicht mehr in die Stadtteile gehen, stimmt in dieser Art nicht. Gerade mit dem Projekt „Tee am KJ“ konnten wir die Bekanntheit der Streetworker wieder stärken und Jugendliche aus den Stadtteilen damit erreichen. So sind wir wieder hinausgegangen, um uns um Jugendliche zu kümmern.

Bei meinen Jahresgesprächen mit den Streetworkern – die ich drei Mal im Jahr führe – ist stark herausgekommen, dass sie ihre Arbeit wieder konzentrieren auf die eigentliche Streetwork-Arbeit. Sie setzten sich mit der Jugendexpertin Mag. Nora Musil zusammen, haben ein neues Konzept erarbeitet und konzentrieren sich jetzt wieder auf die aufsuchende Jugendarbeit.

Ich freue mich natürlich über den Presstext, den die SPÖ-Fraktion heute ausgeschickt hat, denn hier wird geschrieben, dass sich Frau NAbg. Petra Wimmer natürlich einsetzen wird bei Frau LR. Gerstorfer und daher stelle ich Antrag zur Geschäftsordnung, diesen Initiativantrag dem zuständigen Ausschuss zur Beratung und Diskussion zuzuweisen.

Der Antrag zur Geschäftsordnung von Vzbgm. Raggl-Mühlberger auf Zuweisung des Initiativantrages (Anlage 14) in den zuständigen Ausschuss zur Beratung und Diskussion wird mit

gegen 22 Ja-Stimmen (FPÖ-, ÖVP- + GRÜNE-Fraktion)
9 Nein-Stimmen (SPÖ-Fraktion, NEOS)

angenommen.

GR. Spindler und GR. Schatzmann haben die Sitzung bereits verlassen. GR. Mag. Humer war bei der Abstimmung nicht im Sitzungssaal anwesend.

Bgm. Dr. Rabl dankt für die Berichterstattung.

Berichterstatter Gemeinderat Mag. Walter Teubl

15.)

Tätigkeitsbericht des Stadtrechnungshofes
(gemäß § 39 Abs.3 StW. 1992, Novelle 34/2014)
Kenntnisnahme durch den Gemeinderat
StrH-420-03-1-2019

Der Antrag (Anlage 15) lautet nach Vorbereitung im Kontrollausschuss vom 10.02.2020, der Gemeinderat der Stadt Wels möge den beigefügten Tätigkeitsbericht 2019 des Stadtrechnungshofes zur Kenntnis nehmen.

GR. Haböck: Jedes Mal melde ich mich sehr gerne bei diesem wichtigen Tagesordnungspunkt, denn ich achte schon den Stadtrechnungshof und den Kontrollausschuss - eines der wichtigsten Gremien, die es in der Stadt gibt aufgrund der Tatsache, dass hier geprüft wird ob die Verantwortungsträger in der Politik mit Steuergeld auch sparsam und sorgsam umgehen.

In meiner ersten Periode als Gemeinderat war ich auch schon im Kotrollausschuss tätig und da hatten wir sehr, sehr viele Fälle mit Kostenüberschreitungen in Höhe von 200.000 Euro bis zu 1 Mio. Euro. Es wurde viel gestritten, es wurde versucht massive Kostenüberschreitungen und Fehlplanungen unter den Tisch zu kehren. Ich bin froh,

dass sich das nicht nur gebessert hat sondern die Planungen so gut und effizient als möglich gestaltet werden. Alle politischen Entscheidungsträger unabhängig ihrer Parteizugehörigkeit nehmen Rücksicht darauf und auch innerhalb des Kontrollausschusses herrscht ein konstruktives und gutes Klima zwischen den Kollegen.

Vor allem herrscht ein professionelles Klima mit den Verantwortlichen des Stadtrechnungshofes unter der Leitung von Frau Mag. Hofer, denen ich all meinen Dank ausspreche. Als Politiker muss man hellhörig sein, wenn ich höre, dass in Gemeinderatsitzungen davon gesprochen wird es sei völlig egal, ob 4 oder 8 Mio. Euro ausgegeben werden. Da fühle ich mich etwas in andere Zeiten vor einigen Jahren zurückversetzt. Ich bitte alle bei Diskussionen über Geldausgaben zu bedenken, dass es noch immer Steuergeld ist und dieses erarbeitet werden muss. Die Stadt Wels nimmt es ja nur ein. Irgendjemand muss dieses Steuergeld erarbeiten. Wir müssen Rücksicht darauf nehmen. Ich bin guter Dinge, dass wir uns alle daran halten werden. Danke noch einmal an die gute und professionelle Zusammenarbeit mit den Verantwortlichen im Kontrollausschuss.

GR. Wildfellner: Meine Vorredner haben sich inhaltlich schon dem Prüfbericht gewidmet. Ich möchte mich ganz herzlich bei den Mitarbeitern des Stadtrechnungshofes für die hervorragende Zusammenarbeit, für die umfangreichen und qualitativ hochwertigen Berichte bedanken. Dafür ein großes Dankeschön und ein Lob an alle Mitarbeiter, besonders an Frau Mag. Hofer für die hervorragende Tätigkeit.

GR. Schäfer, BSc: „Welser Politiker lassen Kontrolleure von der Leine“, so lautete am 12.02.2016 eine Schlagzeile aus den OÖNachrichten. Seither haben wir mit dem Stadtrechnungshof ein unabhängiges aber vor allem ein weisungsunabhängiges Kontrollorgan. Das ist aus der Sicht der Welser Freiheitlichen auch gut so. Skandale, wie z.B. das Welldorado oder die Eishalle im Jahr 2015, dürfen sich in Zukunft nicht mehr wiederholen.

Dass die Stadt Wels die Kontrolle ernst nimmt, zeigt der aktuelle Tätigkeitsbericht des Stadtrechnungshofes. Alleine 2019 wurden 12 Prüfungen im Rahmen eines Prüfungsplans durchgeführt und 14 Follow-up-Prüfungen bzw. Nachfrageverfahren. Die Empfehlungen des Stadtrechnungshofes wurden beinahe zur Gänze sofort umgesetzt. Das spiegelt sich in einer stetigen Effizienzverbesserung des Hauses Magistrat wieder.

Dank gilt an dieser Stelle vor allem Frau Mag. Hofer und ihrer Mannschaft für die stetige und akribische Kontrolle, aber auch allen Mitarbeitern im Hause Magistrat, die ständig an der Verbesserung der öffentlichen Verwaltung arbeiten. Denn nur so kann sich die Welser Bevölkerung sicher sein ihr Steuergeld wird zweckmäßig, sparsam und wirtschaftlich eingesetzt.

Bgm. Dr. Rabl übergibt den Vorsitz an Vzbgm. Kroiß.

Bgm. Dr. Rabl: Ein herzliches Dankeschön, dir liebe Manuela Hofer und deinem Team für die sehr kompetente und sehr genaue Prüfung der Stadt Wels und vor allem auch, dass das Prüfungsverständnis nicht nur ein solches ist blinde Flecken oder Missstände aufzudecken sondern auch gleich Maßnahmen vorzuschlagen, wie derartige Fälle vermieden oder Verbesserungen im Bereich der Verwaltung herbeigeführt werden können. Ich glaube, das ist ein besonderes Selbstverständnis, das nicht überall in dieser

gleichen Art und Weise vorherrscht. Deswegen Gratulation an dein Team, Gratulation dir zu dieser tollen Arbeit. Ich ersuche dich, das auch an deine Mitarbeiter weiterzugeben.

Der Antrag zu Punkt 15. der Tagesordnung wird

einstimmig angenommen.

Vzbgm. Kroiß dankt für die Berichterstattung und übergibt den Vorsitz wieder an Bgm. Dr. Rabl.

16.)

Initiativantrag der GRÜNE-Gemeinderatsfraktion
betreffend Partiensponsoring
Verf-015-I-4-2020

GR. Mag. Teubl: Bei diesem Antrag der GRÜNE-Fraktion geht es darum, die Parteienfinanzierung mit öffentlichen Mitteln transparenter zu gestalten. Zu diesem Zweck erscheint es uns angebracht, dass stadtnahen Unternehmen Partei-Sponsoring untersagt wird, weil damit eine verdeckte öffentliche Förderung verbunden ist. Bislang ist es eine Grauzone. Wir fordern eine entsprechende Regelung und brachten deshalb diesen Antrag ein. Der Antragstext klingt vielleicht kompliziert, soll aber genau das sicherstellen, was ich soeben ausgeführt habe und lautet:

„Unternehmen, an denen die Stadt Wels beteiligt sind, soll es untersagt werden, Parteien, deren Vorfeldorganisationen und Untergliederungen sowie deren Veranstaltungen und Publikationen finanziell zu unterstützen, auch wenn damit eine Gegenleistung (Werbung) verbunden ist.

Im Gegenzug ist es den im Welser Gemeinderat vertretenen Parteien, deren Vorfeldorganisationen und Untergliederungen untersagt, von Unternehmen, an denen die Stadt Wels beteiligt ist, Geld oder geldwerte Leistungen anzunehmen.“

Ich ersuche sie um Zustimmung zu diesem Vorschlag, um auch gegenüber der Öffentlichkeit zu dokumentieren, dass wir alle an einer transparenten Gestaltung der Parteienfinanzierung interessiert sind.

GR. Wiesinger: Liebe Vertreter der GRÜNEN, ich glaube nicht, dass das hier Beschriebene ein Graubereich ist, weil auf Betreiben der GRÜNEN im Jahr 2012 ein Parteiengesetz beschlossen wurde. Wenn ich mich nicht täusche, ist im Juni letzten Jahres dieses Gesetz wieder verschärft worden. Es sind schon sehr scharfe Regelungen betreffend Parteienfinanzierung vorhanden. Wir alle sind uns einig, dass Parteienfinanzierung transparent und im rechtlichen Rahmen sein muss.

Beim angeführten Begriff Vorfeldorganisation habe ich eine gewisse Fantasie. Nur was bedeutet „Untergliederungen“, Herr Mag. Teubl? Muss dann ein stadtnaher Betrieb bei jedem Sponsoring nachschauen, ob das in irgendeiner Verbindung mit einer Partei steht?

Darf z. B. GR. Mag. Humer in seiner Funktion als Tischtennis-Präsident eines Vereines kein Sponsoring für seinen Verein mehr erhalten, weil es eine Untergliederung der SPÖ-Fraktion sein könnte? Ich vermute das jetzt so - mir fehlt bei diesem Antrag ein wenig die Fantasie.

Wenn so etwas beschlossen werden soll, soll das rechtlich gut aufgestellt sein und deshalb stelle ich den Antrag zur Geschäftsordnung auf Zuweisung des Initiativantrages in den zuständigen Ausschuss zur Beratung und Diskussion.

Der Antrag zur Geschäftsordnung von GR. Wiesinger auf Zuweisung des Initiativantrages (Anlage 16) in den zuständigen Ausschuss zur Beratung und Diskussion wird

einstimmig angenommen.

Bgm. Dr. Rabl: Danke, damit ist die Tagesordnung erschöpft. Ich bedanke mich für die Diskussion – Sitzung geschlossen.

H I N W E I S für Internet-Nutzer:

Diese Verhandlungsschrift wird in der Sitzung des Gemeinderates am 25.05.2020 zur offiziellen Genehmigung aufgelegt. Bis dahin besteht seitens der Mitglieder des Gemeinderates die Möglichkeit, Einsprüche gegen deren Inhalt zu erheben. Daraus resultierend könnten sich ev. Änderungen geringfügiger Art ergeben.